

Fachschichtzeitung

5. Jahrgang

FaZ

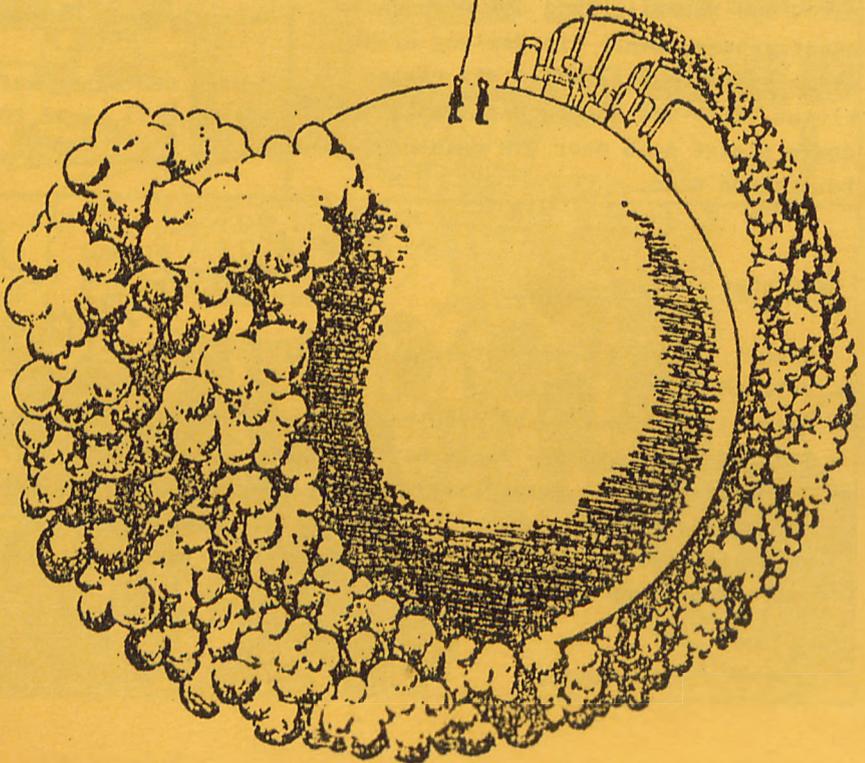
Nr. 3

November
1984

Herausgegeben von der Fachschaft
Geowissenschaften und Geographie

Auflage: 150, ASIA - Druck

SOLANGE DER WIND RICHTIG STEHT, BRAUCHEN
WIR UNS UM DIE LUFTVERSCHMUTZUNG
KEINE SORGEN MACHEN !



Worum es geht

Die FaZ ist eine geballte Ladung hochbrisanten Zinnstoffs....

Wir versuchen hier wenigstens einmal einige Themen, die uns allen auf den Nägeln brennen, anzusprechen und Material für eine Diskussion zu liefern. Besonders der doch stark vernachlässigte ökologische Ansatz soll wenigstens in Teilbereichen hier eingelöst werden. Themen wie Waldsterben und Schadstoffe im Müll werden behandelt. Hierzu werden auch in Zukunft einige Artikel erscheinen. Die "Geoökologie" in Darmstadt ist Gegenstand eines weiteren Artikels genauso wie Bibliothek, Buchkauf und Wissenschaftskritik.

Großen Raum nehmen diesmal ein: Bafög und Novellierung der Hochschulgesetzgebung. Damit die Zeitung nicht allzu nüchtern ist, haben wir einige kleine Witze und Comics eingebaut, von denen einige doch eher als makaber zu bezeichnen sind.

Inhalt

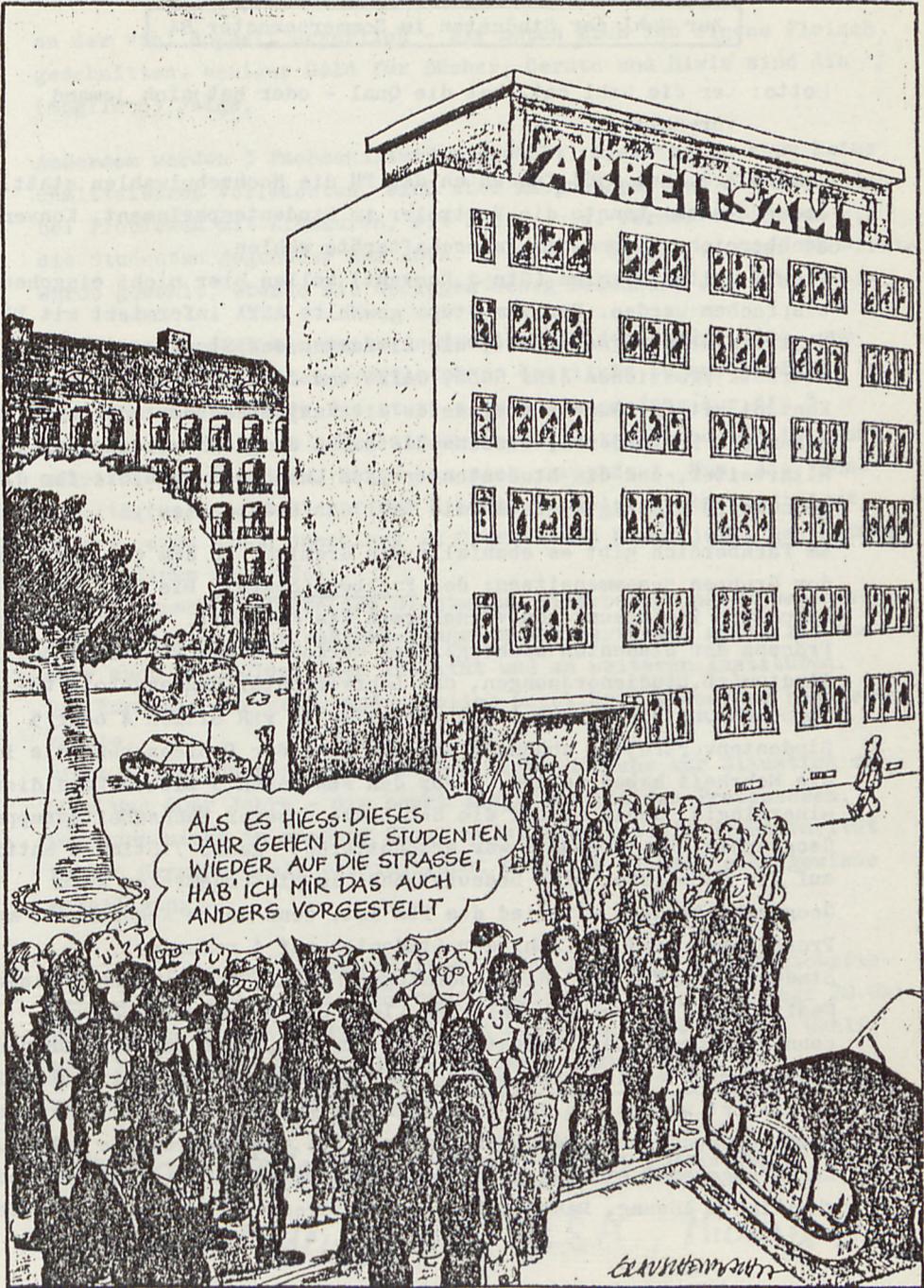
Titelseite	1
An die Leser	2
Vorstellungen	3
Wahl im Sommersemester '84	4
Geographie-Bibliothek	6
Literaturauswahl	8
Wissenschaftskritik	10
Bürokratie mit Bafög	12
Pressespiegel Geographie	15
Nach wie vor	16
Der Professor und die Kuh	20
Waldschadenserhebung	21
Waldsterben	25
Schadstoffe im Müll	28
Bafög gesamtgesellschaftl.	31
Gesetzestexte	38
Die Aufklärung	40
Hochschulrahmengesetz	41
Galoppierende Schwindsucht	44

Comics und Witze auf den Seiten:
1,3,7,10,11,14,18,20,27,35,39,40

Demnächst in dieser FaZ:

- Umwelt, neues von der Katalysatorfront ?
- Volkszählung
- Vorstellung eines neuen Arbeitskreises: "Entwicklungsländerproblem"
- Selbstdarstellung der Fachschaftsgruppe
- Auswertung der im Umlauf befindlichen Fragebögen zu Wisskri
- und vieles mehr an Schimpf und Schande... sowie
- natürlich Eure erbosten Leserbriefe auf unsere schmähhlichen Hetzschriften gegen das Institut !

Der Katastrophe entgegen



4 SIEBEN STIMMEN SIND NICHT GENUG

Zur Wahl der Studenten im Sommersemester 84

Motto: Wer die Wahl hat, hat die Qual - oder hat sich jemand verhöhlt?

Vom 25.-28. Juni 1984 fanden an der TH die Hochschulwahlen statt. Jeder Student konnte die Vertreter im Studentenparlament, Konvent, Fachbereichsrat, und die Fachschaftsräte wählen.

Die TH-weiten Gremien (Stupa, Konvent) sollen hier nicht eingehend besprochen werden. Der vom Stupa gewählte ASTA informiert mit Flugblättern über seine Arbeit, die Sitzungen des Stupa sind öffentlich. Stärkste Fraktionen sind RCDS, GAFFA und Jusos/Unabhängige. - Im Konvent sitzen Studentenvertreter mit Vertretern der anderen Gruppen zusammen: Professoren, wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Mitarbeiter, und die Studenten treffen Entscheidungen, die für die gesamte TH wichtig sind (z.B. die Wahl des Präsidenten).

Am Fachbereich gibt es ebenfalls ein Gremium, in dem die Vertreter der Gruppen zusammensitzen: der Fachbereichsrat. Die Professoren haben wie im Konvent von vorneherein die Mehrheit, dennoch ist die Präsenz der Studenten wichtig: hier werden Fragen von Lehre und Studium (z.B. Studienordnungen, das Lehrveranstaltungsangebot) besprochen und die Finanzmittel verteilt. Im FBR sitzen 4 oder 5 Studentenvertreter, abhängig von der Zahl der Professoren, die immer die Mehrheit haben sollen. - Für den FBR haben 3 Listen kandidiert: Mineralogie, Geologie und die GEO-Liste unserer Fachschaftsgruppe Geographie. Das Ergebnis war erschütternd: ganze 7 Stimmen entfielen auf die GEO-Liste. Dies bedeutet, daß im Wintersemester kein Geographiestudent Mitglied des FBR ist, denn durch Abwesenheit mehrerer Professoren wird die Zahl der Studenten auf 4 reduziert. Studenten im FBR sind die Mineralogen Michael Hoffmann und Rainer Heef sowie die Geologen Wolfgang Klotz und Joachim Deubener. Wenn kein Geographiestudent mehr im FBR ist, kann das von den anderen Fachgebieten möglicherweise zu einer Kürzung bei der Mittelverteilung ausgenutzt werden. In der Vergangenheit wurden die Mittel für unser Fach nach und nach reduziert und bsd. bei der Mineralogie erhöht. Erfahrungsgemäß stimmen die Studenten jeweils für die für ihr Fach günstigste Lösung. Daher ist das Desinteresse der Geographiestudenten

an der Wahl doppelt ärgerlich - sie haben sich ins eigene Fleisch geschnitten. Weniger Geld für Bücher, Geräte und Hiwis sind die (mögliche) Folge.

Außerdem werden 3 Fachschaftsräte gewählt. Diese haben zwar keine unmittelbaren Vollmachten, sind aber Ansprechpartner der Studenten bei Problemen mit Klausuren, mit Profs, usw. Ferner vertreten sie die Studenten gegenüber dem ASTA. - Annette Scholz von der GEO-Liste wurde gewählt, ebenso die Geologen Georg Degenhard und Gabi Theis.

Es existiert noch ein weiteres Gremium, in dem Profs, wiss. und nichtwiss. Mitarbeiter jeweils eines Instituts zusammenkommen. Im Direktorium des Geogr. Instituts sitzen dieses Jahr nur die 3 Professoren. Es gibt keine studentische Kontrolle oder Mitwirkung mehr! Wie kam es dazu, fragt man sich verwundert. Nun, die Fachschaftsgruppe besteht nur aus 7 Leuten, einige haben kandidiert, andere waren schon jahrelang in Gremien und haben jetzt gegen Ende des Studiums wenig Zeit.

Die wissenschaftlichen und nichtwiss. Mitarbeiter haben wegen verspätet zugangener Wahlunterlagen keine Vertreter gestellt, und zwar auch am Geologischen Institut und an weiteren Instituten. Die Empörung war groß, und es blieb ungeklärt, wieso das passieren konnte.

Diese Situation bedeutet faktisch eine Rückkehr zur Situation der 50er und 60er Jahre - die Macht liegt nur bei den Professoren. Das kann nicht in unserem Sinne sein. Zwar ist die Nicht-Parität in den Gremien wenig befriedigend, aber sie sichert eine gewisse Beteiligung.

Wer Interesse hat, kommt einfach in die Sitzung der Fachschaftsgruppe (wir reden nicht nur über Gremienarbeit!), dienstags 20 Uhr bei Sigrid in der Landwehrstr. Und wer noch nicht am FB11 wählt, kann bei der nächsten Rückmeldung das ändern.

Die Faz-Redaktion greift ihren Auslands-Korrespondenten in den U.S.A., Michael O.!

+++ MICHAEL BITTE MELDEN +++ STOP

Die Geographie-Bibliothek, ein ständiges Problem !?!

Fast alle Studenten der Geographie werden es wohl schon wissen und doch sollte es nocheinmal hier festgehalten sein: Die Bibliothek ist im Prinzip Pleite...

Oft genug hat man sich als Benutzer darüber aufgeregt, daß es ja doch keine brauchbaren Bücher gebe und daß es oft schlechte Öffnungszeiten hat und die Bibliothek über einen wenig benutzbaren "Leseraum" verfügt.

Hierzu ist einiges zu bemerken:

Die Bibliothek verfügt nicht mehr über die Mittel (und dies schon seit Jahren), Lehrbücher neuerer Erscheinung oder Neuauflagen anzuschaffen. Die finanzielle Ausstattung ist gerade noch ausreichend, die laufenden Zeitschriften abonieren zu können (und selbst bei diesem doch schwachen Programm wird auch noch eingekürzt werden müssen). Die Serien, die doch noch die eine oder andere Bereiche rung darstellen, sind im Regelfall über den Schriften-tausch erworben, d.h. Veröffentlichungen unseres Instituts werden gegen Veröffentlichungen der anderen Institute getauscht. Da jedoch der literarische Ausstoß des Instituts aus mehreren Gründen (aber auch aus Geldmangel) nur sehr gering ist (seit 1978 erst 5 Publikationen der D.Geogr.Stud.) droht beständig die Gefahr, aus dem Verteiler anderer Institute herauszufallen (weil deren Publikationszahl meist weit höher liegt), was natürlich auch wieder ein bedauerlicher Zustand ist. Die Hefte werden über den Haushalt des Instituts abgerechnet (jeweils für die Herausgebenden berechnet).

So ist alles in allem der Stand der Aktualisierung der Bibliothek wenn nicht schon abgebrochen so doch erheblich gefährdet.

An die Möglichkeit, Zeitschriftenjahrgänge benutzer- und buchfreundlich binden zu lassen, ist überhaupt nicht mehr zudenken und es bleibt abzuwarten, wann die letzten Jahrgänge der "Praxis Geographie" oder der "Petermänner" einer Loseblattsammlung mehr gleichen denn einer Zeitschriftenreihe.

Auch die personelle Ausstattung der Bibliothek läßt doch sehr zu wünschen übrig. Dies wird schon seit Jahren kaum geändert (was ja auch nicht möglich zu sein scheint), da die auch hier wieder eng zugeschnittenen finanziellen Mittel kaum ausreichen, den Bedürfnissen der Studenten zu entsprechen (jedenfalls soweit es die Öffnungszeit und die Benutzerberatung anbetrifft). Aber nicht nur die geringen Zeiten selbst sondern deren Handhabung gibt immer wieder Anlaß zu Ärger. Denn oft bleibt die Bibliothek einfach geschlossen, z.B.

weil jemand krank ist, oder auf eine Exkursion fährt oder einfach nur einen zweiten Job nachgeht, den man ja eigentlich auch in der gleichen Zeit erledigen könnte. Hier sollte doch unbedingt mehr darauf geachtet werden, daß derartige Situationen nicht auftreten. Auch die Öffnungszeiten einer Bibliothek könnten doch etwas stilvoller gestaltet werden als etwa MO 9.45-11.15 oder FR 13.47 bis 14.53 (weil dann ja der Bus abfährt). Ein Termin, den man sich merken kann muß her! Dies ist vor allem dann wichtig, wenn sich wie bei uns sowieso alle Vierteljahr die Zeiten ändern. Die Orientierung am wirklichen Bedarf muß her (also dann, wann in der Geographie was los ist) und nicht die Orientierung an den Terminplänen der Hiwis. Man kann es offen sagen, daß man bei einem doch eigentlich gut bezahlten Job auch sich etwas einrichten muß (ansonsten gibt es genügend Nägel in der TH, an die man den Job hängen könnte).

Genug geschimpft für heute,
gelle?



„Ich habe es mir anders überlegt, ich kaufe mir lieber eine Flasche Rum.“

Grundsätzlich gibt es zur Literatur folgendes zu sagen: Bücher sind wahnsinnig teuer (vor allem wenn man ihren doch manchmal dürftigen oder schlecht aufgearbeiteten Inhalt mitbewertet). Dies wird jedoch bereits jeder kennen.

Was jedoch soll man kaufen, was nicht?

Nun, - die meisten Bücher, die von den Dozenten empfohlen werden, gibt es mindestens einmal in einer der Bibliotheken. Dort kann man sie benutzen oder ausleihen. Nach einiger Zeit weiß man dann schon selbst, ob das betreffende Buch es Wert ist, gekauft zu werden. Bisläng hat man meist doch nur zu hören bekommen, "jetzt habe ich doch glatt dieses blöde Buch mir zugelegt, weil es der Soundso gesagt hat, und wie oft habe ich es gebraucht?" Also, - keine Hektik beim Buchkauf, vielmehr ist Hektik angebracht, sich die Bücher vorher zu betrachten, denn beehrtes Gut ist rar.

Zum Empfehlen eines Buches hat in der Fachschaftsgruppe kaum jemand Mut und doch soll es hier getan sein.

NEEF, Das Gesicht der Erde mit einem ABC der Phys. Geogr. ist ein solches (fast unumgänglicher Klassiker), das seinen wahren Gehalt meist erst im Hauptstudium entfalten kann. Dieses Buch ist auch eigentlich nicht zu teuer bezahlt, denn es enthält außer einem kleinen Lexikon der Physischen Geographie auch eine Zusammenstellung länderkundlicher Bearbeitungen (und dies ist wichtig, etwa zur Karteninterpretation). Außerdem können es Studenten mit DDR-Kontakten von dort beziehen (was sich meist doch als billiger herausstellt).

In bezahlbaren Größenordnungen gibt es vieles und meist auch für die verschiedenen Geschmäcker unterschiedlich aufbereitetes an Literatur.

So enthält die Reihe "Das geographische Seminar" vom Quasi-Monopolisten Westermann einige Bände, die brauchbar erscheinen.

HIRTs Stichwortbücher zur ...geographie sind durch eine eigenwillige, doch nicht untaugliche Aufmachung gekennzeichnet, die ein Nachschlagen doch in weitem Umfange ermöglicht. Noch eine empfehlenswerte Reihe (zumindest für die physische

Richtung ist die STUDIENBÜCHEREI GEOGRAPHIE für Lehrer aus der DDR, die doch recht anschaulich ist. Leider sind die kulturgeographischen Bände für eine Darmstädter Geographie doch wenig nutzbringend. Diese Reihe ist im Buchhandel und gelegentlich auch in der DDR direkt zu bekommen. Für eher kulturgeographisch angehauchte Studenten kommen eigentlich keine direkt als Reihe erschienenen Bände in betracht. Einige große Taschenbuchverlage wie etwa UTB haben jedoch ein einigermaßen umfangreiches Sortiment an Literatur für viele Geschmäcker. Immer gilt jedoch:

E r s t p r ü f e n - d a n n k a u f e n !

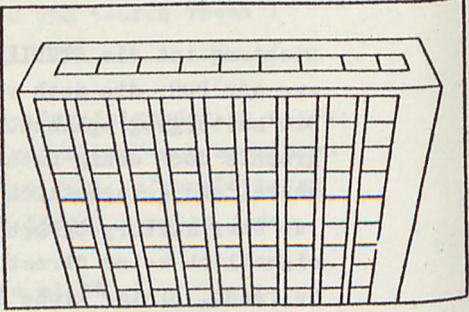
Daß man einen Atlas als Geograph besitzt, ist fast selbstverständlich. Für den Anfang taugt meist auch ein Uralt-Diercke (zumal die Karten meist anschaulicher und in besserem Maßstab sind). Die neuen Atlanten "glänzen" zwar durch herrliche thematische Karten, vernachlässigen dabei jedoch wichtige Teilgebiete der Geographie. Mickrige geologische Karten, die aufgrund der Generalisierung letztendlich unbrauchbar sein können, sind gar nicht so selten anzutreffen. Allgemein in Betrieb sind am Institut der "Diercke" (am besten eine ausführliche dicke Ausgabe) und der "Alexander". Da jedoch auch hier die Ausgabe nicht gering ist, sollte man sich erst mal in eine Atlaskonzeption einsehen. Übrigens: Manchmal gibt es Sammelbestellungen für Atlanten! Dadurch ist ein enormer Preisnachlaß möglich!

Und wer meint, er habe ein tolles Buch gefunden, welches er anderen Empfehlen möchte, der kann dies ja tun, -entweder direkt an den betreffenden Personenkreis oder über eine kleine Rezension in der FaZ. Die anderen Studenten werden es danken!

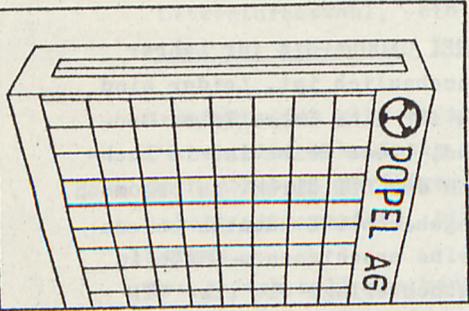
Für alle die es noch nicht wissen:

Lehrbuchsammlungen mit einer Ausleihfrist bis zu 8 Wochen (manchmal auch länger) gibt es im Schloß (gegenüber vom Schloßkeller) und in der "Nebestelle Lichtwiese" (im Architekturkomplex). Auf der Lichtwiese bietet sich auch die Möglichkeit, im ersten Stock eine recht brauchbare Lehrbuchsammlung (nicht ausleihbar) zu nutzen. Dort sind auch Arbeitsplätze in einigermaßen ruhiger Atmosphäre.

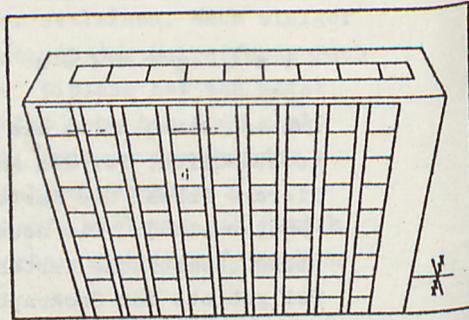
*Dringend
empfehlen!*



Wohnen



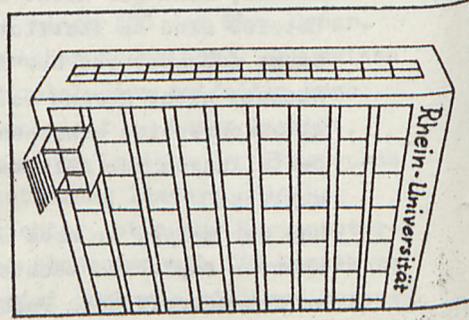
Arbeiten



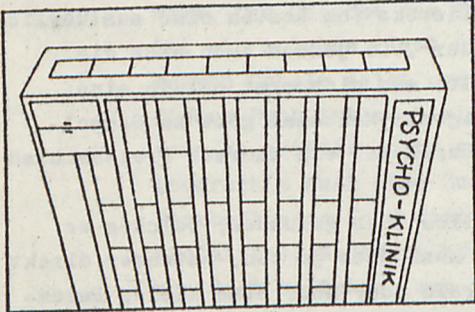
In Gemeinschaften leben



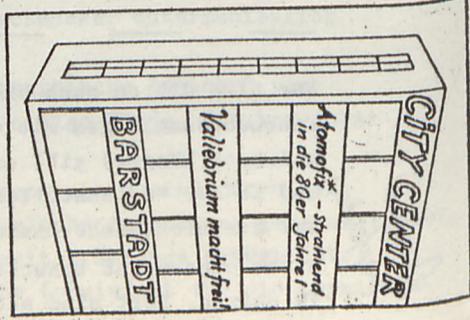
Sich erholen



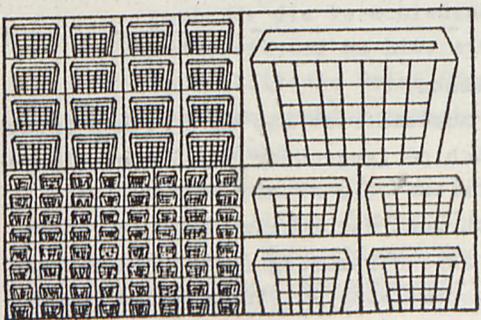
Sich bilden



Versorgt werden



Sich versorgen



Sich fortpflanzen

4. Über den strukturbelassenen Menschen und das Funktionieren seines Daseins

← Unser Beitrag für die Wissenschaftskritik:

~~Die Darstellung der funktionalen Zerhackstück-~~
 Die Darstellung der funktionalen Zerhackstück-
 kelung der Lebenswelt durch die Menschen und
 ihr Spiegel in der geographischen Betrachtung.

Die Reduktion der Alltagsfunktionen und ihre
 naturwissenschaftlich-nüchterne Betrachtung
 führt von der eigentlichen Analyse der Lebens-
 welt als System weg.

Bilder aus: Egbert DAUM, Wulf-D. SCHMIDT-WULFFEN:

Erdkunde ohne Zukunft? Konkrete Alternative
 zu einer Didaktik der Belanglosigkeiten
 F. Schönig, Paderborn 1980 S. 98 f.
 Standort Bibliothek Geographie: AGD 78

Geoökodynamikologiker
 Dr. rer. anal. Q. Sand
 bei der Bodenuntersu-
 chung einer "landwirt-
 schaftlichen Nutzflä-
 che" im Bereich Berg-
 straße/Häßliches Ried:



Landwirt Nitrophoska Blaukorn muß sich aber noch
 etwas gedulden, da Dr. Q. Sand sich im Moment mit
 der Zwischendenfingernrieselnlassenkorngrößenana-
 lyse und dem Hosentaschenfeuchtegehaltsbestimmungs-
 definitionsundtrocknungsverfahren beschäftigt, was
 zu einer eindeutigen naturwissenschaftlichen Be-
 antwortung der Frage von N.B. unumgänglich ist.

Alle Semester wieder - oder: Bürokratie mit Bafög

=====

Ich war froh, als ich Mitte der Semesterferien endlich (fast) alle Formalitäten erledigt hatte, die das Bafög-Amt jedes Semester wieder vom Studenten fordert. Zwar habe ich bisher schon was von Leistungsnachweisen nach dem 4. Semester gehört, doch dem ganzen nicht so große Bedeutung für unser Fach beimessen, da es hier keine Zwischenprüfungen und auch kein Vordiplom wie in anderen Bereichen gibt.

Als mich Studenten und mein Zuständiger vom Bafög-Amt eines besseren belehrten, sah ich plötzlich doch Schwierigkeiten auf mich zukommen, nachdem ich die Klausur in Kulturgeographie II verhaun hatte. Die Nachklausur, die ein paar Monate später lag, hab' ich zwar bestanden, doch durfte ich wegen der Regelung, die in der Geographie herrscht, erst im 4. Semester ins Mittelseminar und bin deshalb ein Semester im Verzug. Dies bringt es automatisch mit sich, daß ich die Anforderungen erst im 5. Semester abgeschlossen haben kann und nicht schon nach dem 4. Semester, was das Bafög-Amt jedoch verlangt.

Also bin ich zu Herrn Schick gegangen, der auch sofort vollstes Verständnis für mein Problem hatte und meinte, daß mein Fehlschlag in Kultur-II nicht dazu führen dürfte, daß mir das Bafög-Amt das Geld streicht, denn ich hatte ja die Nachklausur bestanden und wäre wegen der zeitlichen Regelung jetzt in Verzug. Auf diese Art formulierte er auch meine Leistungsbestätigung. Erleichtert und dankbar darüber ging ich ins Fachbereichssekretariat, um eine Unterschrift vom Dekan einzuholen, doch das Sekretariat hatte noch Urlaub. In der darauffolgenden Woche war zwar wieder geöffnet, doch nun war der Dekan weg (ausgerechnet bis zur Abgabefrist im Oktober) und Frau Nolte riet mir davon ab, das Formular vom Pro- oder Prädekan unterschreiben zu lassen, da sie schon erlebt hatte, daß das Bafög-Amt dann Schwierigkeiten macht (ich frage mich allerdings, was dann überhaupt die Funktion vom Pro- oder Prädekan ist, wenn sie doch nicht anerkannt werden). Auch Frau Nolte war freundlichst bemüht, einen Weg zu finden, damit mein Antrag noch vollständig wird; vor dem Abgabetermin. Schließlich wurde das Formular doch weiter ans Bafög-Amt geleitet und ich bekam Mitte Oktober eine Ablehnung. Herr Fehlbusch hatte nun unterschrieben und die Bestätigung zurückgenommen. Also bin ich wieder zum Bafög-

Amt und legte sofort Widerspruch ein. Das heißt nun, daß ich einen Antrag auf Bewilligung von Geld für das nächste Semester stellen mußte, jedoch den Schein vom 2. Mittelseminar unbedingt im 5. Semester brauche, damit ich überhaupt in Zukunft weiter Bafög beantragen kann.

Ich suchte nun wieder Herrn Schick auf, erzählte ihm was vorgefallen war und er schrieb mir darauf den erforderlichen Beleg vom Geographischen Institut. Bisher habe ich noch nicht gehört, ob meinem Antrag stattgegeben wird, doch habe ich eigentlich keine Zweifel. Ich bin mir sowieso im unklaren, wieviel und ob ich überhaupt nochmal Geld bekomme. Könnte ich nicht von meinen Eltern unterstützt werden, würde ich jetzt wahrscheinlich durch die Verzögerung erst mal ohne Geld dasitzen. Deshalb kann ich nur jedem raten, der darauf angewiesen ist, den Antrag so früh wie möglich zu stellen.

Ich bin darüberhinaus der Ansicht, daß es einer Veränderung der zeitl. Regelung von Nachklausuren, sowie der Möglichkeit eines Kolloquiums nach den Klausuren Phys. I und Kult. I geben muß, da solche bürokratischen Laufereien in Zukunft bestimmt noch häufiger werden. Dies deshalb, weil die Zahl der Magister im Vergleich zu den Lehramtlern erheblich zugenommen hat und sich dadurch viel öfters solche Fälle ergeben werden. Ein Lehramtsstudent kam nämlich in der Vergangenheit kaum in solche Verzögerungen, wenn er eine Klausur verhauen hatte, da er nur ein Mittelseminar nachweisen muß. Er kann deshalb auch noch im 4. Semester mit dem Grundstudium fertig werden, während der Magisterstudent das 2. Mittelseminar erst im 5. Semester besuchen darf.

Abschließend möchte ich noch bemerken, daß dieser bürokratische Spießrutenlauf mit den Ämtern hervorragend dazu beiträgt, die Leute davon abzuhalten, Bafög zu beantragen, und sich inzwischen viele aus finanziellen Schwierigkeiten überhaupt erst nicht mehr zum Studium entschließen oder es abbrechen. Gerade in Fächern wie Geographie, die wenig Aussichten für die Zukunft versprechen und die wahrscheinlich arbeitslosen Geographen dann noch mit 40.000 DM Schulden belasten, sind davon besonders betroffen. Der Bafög-Teilerlaß ist hierbei kein Ausweg, sondern schafft nur ungleiche Bedingungen und ist durch seine gesellschaftliche Tragweite vielmehr ein untragbares Erpressungsmittel.

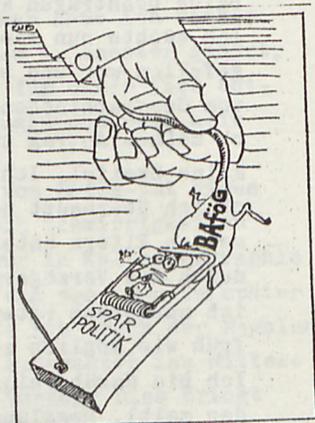
Wegen vorherigen Aspekten (schlechte Berufsaussichten und finanzielle Lage) stellen wir im Fragebogen auch die Frage nach Bafög. Lest in Zusammenhang mit diesem Artikel doch auch mal unseren Bericht über den Bafög-Teilerlaß und die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes.

Übrigens :

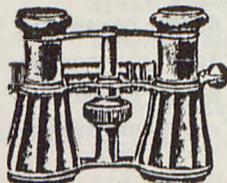
Alle Zweitsemester, die Kultur-/ Physische Geographie II nicht erfolgreich abschließen, müssen im dritten Semester Gelegenheit erhalten, ihr Können unter Be-

weis zu stellen. Es müssen im 3. Semester für solche Studenten Klausuren oder Kolloqu's angeboten werden, auch wenn das Pseminar nicht angeboten wurde !

Quelle : Direktoriumssitzung vom 1.7.81 (Protokoll)



== Theatergläser ==



In hervorragender Auswahl und nur bester Qualität.

L. Borné

Hotellerant und Hofuhrmacher Sr. Kgl. Hofalt des Großherzogs

Optiker

25 Ernst-Ludwigstraße 25

Besonders zu empfehlen bei:

- Direktoriumssitzungen
- Fachbereichsratssitzungen

„... nach wie vor eine Provokation
ersten Ranges.“

DARMSTÄDTER ECHO

Donnerstag, 27. September 1984

Alte Sünden: Warum der Boden den Bach runtergeht

Geologen der TH erforschen, wie und weshalb sich die Oberfläche verändert - Wissenschaftler-Treffen in Darmstadt (Julia). Prassel: der Regen auf die unheimlichen Hänge an der Bergstraße, reißt er auch immer eine ganze Menge Erde weg. Der wertvolle Boden landet irgendwo in den Weiten der Rheinebene. Früher wählten sich die Weinbauern zu helfen: Sie zogen ihre Klippe auf, sammelten die Erde im Tal und trugen sie wieder auf ihre Weinberge.

Heute kommt niemand mehr auf diese Idee - aus zwei Gründen: Die Bauern glauben nicht so recht an den Erfolg der Aktion, und die Arbeit wäre völlig unwirtschaftlich. Doch wie kann der weitere Abtrag des lebenswichtigen Bodens an Hängen gestoppt oder zumindest vorwärtswandert? Welche land- oder forstwirtschaftliche Nutzung ist am sinnvollsten?

Um solche Ratschläge geben zu können, müssen zunächst die Ursachen genau erforscht werden. Darum bemühen sich einige Geologen der Technischen Hochschule Darmstadt. Sie wollen in verschiedenen klimatischen Regionen feststellen, wie sich die Erdoberfläche verändert. Gemessen wird nicht nur der Niederschlag; die Darmstädter Forscher beobachten auch, wie das Wasser abfließt und was es dabei mitreißt. Die Wechselwirkung dieser drei Untersuchungsobjekte soll helfen, aktuelle Fragen der Geokologie zu beantworten. Die ersten Ergebnisse der Darmstädter Arbeiten, die zunächst bei Unter-

suchungen in Sardinien gesammelt werden in der kommenden Woche bei einem internationalen Wissenschaftlertreffen besprochen. Das Geographische Institut der TH ist am 4. und 5. Oktober Veranstaltungs-ort der Jahrestagung des Arbeitskreises Geomorphologie in der Bundesrepublik. Anschließend fahren einige Teilnehmer noch zu einer Exkursion nach Sardinien.

Geomorphologie ist eine Teildisziplin der Geologie und wird Wissenschaft von den Formen der Erdoberfläche und ihren Veränderungen genannt. Die Tagung wird als Julius-Büdel-Symposium veranstaltet. Damit würdigen die Wissenschaftler ihren vor 13 Monaten gestorbenen Kollegen Professor Dr. Julius Büdel. Der Hochschullehrer und Forscher aus Würzburg hat die Entwicklung der Geomorphologie entscheidend beeinflusst.

Über hundert Teilnehmer aus der Bundesrepublik, Österreich, der Schweiz, Frankreich, Italien, Ungarn, den Niederlanden und Indien haben sich bisher angemeldet. Organisiert wird die Veranstaltung vom TH-Professor Dr. Olmar Seuffert und seinen Mitarbeitern. Die 38 Referentien werden unter anderem über neue Forschungsergebnisse der Geomorphologie der Tropen und Subtropen berichten. Seuffert spricht am 4. (Donnerstag) um 20.15 Uhr im Großen Hörsaal

Freitag, 28. September 1984

Geographen - nicht Geologen lagen

(Julia). Hundert Geographen - nicht Geologen - liefen sich am 4. und 5. Oktober zur Jahrestagung des Arbeitskreises Geomorphologie in Darmstadt. In einem Bericht über den wissenschaftlichen Kongreß, der vom Geographischen Institut der Technischen Hochschule veranstaltet wird, und über die Forschungsarbeiten der Darmstädter Wissenschaftler hatten wir gestern irrtümlich immer von Geologen gesprochen.

Die Referenten aus dem In- und Ausland wollen vor allem über neue Erkenntnisse zur Geomorphologie der Tropen und Subtropen sprechen. Ein weiterer Schwerpunkt werden die Komplexe Relief und Boden sein. Die Geomorphologie ist ein Teilgebiet der Geographie und beschäftigt sich mit den Formen der Erdoberfläche und ihren Veränderungen.

Während der Fachtagung ist auch ein Vortrag für die interessierte Öffentlichkeit geplant: Der Darmstädter Geograph und Organisator Olmar Seuffert, Professor Dr. Olmar Seuffert, spricht am kommenden Donnerstag (4.) um 20.15 Uhr im Großen Hörsaal der Geowissenschaften, Schmittspahnstraße 9, über das Thema „Das Relief der Erde - dynamisches Fundament von Ökologie und Ökonomie“.

Niederschlagsmenge und -art reguliert. Denn eines ihrer Forschungsziele ist es, die unterschiedlichen Regengeformen und ihre Auswirkungen zu beobachten: Trifft der Landregen weniger Boden ab als der plötzlich ersetzende prasselnde Regen? Wie reagieren die Bäche? Wie sollten sie sinnvoll angelegt werden? Ihre Annahme scheint sich zu bestätigen: Geht der Regen langsam nieder, kann von der schmalen Bodendecke besser ertragen werden. Bei heftigen, kurzen Schauer wird oft noch mehr Boden weggetragen.

In Sardinien arbeitet die Forschergruppe nun schon seit fünf Jahren. Finanziert wird das Projekt von der Deutschen Forschungsgemeinschaft. In dieser Mittelmeerregion bemühen sich Wissenschaftler und Bauern, die beherrschende Macchie-Vegetation aus Büschen und kleinen Bäumen langsam durch nützlichere Pflanzen zu ersetzen.

Ein mühsamer Prozeß, wie Harms erläutern: Auf den Hängen werden parallele Terrassen angelegt, in die Lösser gegraben werden. Dort sollen schnellwachsende Bäume wurzeln. Ihre Blätter, die im Herbst fallen, können ganz langsam neuen Boden bilden. Der neue Boden kann dann Regenwasser besser zurückhalten. Bis die Schäden der Jahrzehnte vergehen, prognostizieren die Wissenschaftler.

Das Echo des Lesers

Glückwunsch

Zur Ausgabe vom 27. 9. („Alte Sünden: Warum der Boden den Bach runtergeht“): Es hat den Anschein, als mache sich die Technische Hochschule Darmstadt über ihre Mitmenschen lustig. Seit fünf Jahren „arbeiten“ anscheinend – mit unseren Steuergeldern – Geologen der TH Darmstadt in Sardinien an dem beeindruckenden Forschungsziel, die unterschiedlichsten Regenformen und ihre Auswirkungen zu beobachten (als ob es hier nicht genügend und unterschiedlich genug regnen würde).

Auch ohne fünfjährige Beobachtungen in Sardinien kann jedes Schulkind jenen Geologen sagen, daß plötzlich einsetzender, prasselnder Regen den Boden eher wegschwemmt als feiner Landregen. Und da man dieses Phänomen ja in Sardinien beobachtet, kommt man selbstverständlich nicht zu genauen Erkenntnissen der Bergsträßer Region.

Meinen Glückwunsch an Herrn Dr. Harres, dem diese tiefeschürfenden Studien zu verdanken sind.

"... nach wie vor eine Provokation ersten Ranges."

Mit diesem Untertitel veröffentlichten wir einen Artikel zum sog. "Umweltstudiengang Geographie an der THD".

Wir hatten uns damals darüber aufgeregt, daß im Umweltstudienführer der Studiengang angegeben ist, obwohl wir von den Ankündigungen bislang sehr wenig im Lehrplan wiederfinden konnten.

Es handelte sich wohl um eine Aktion der physischen Geographie, sich einen Namen zu verschaffen, ohne mit wirklichen Leistungen aufwarten zu können.

Aus diesem Grund haben wir auch die Perkung eingefügt:

"Hier lernten wir wieder lachen."

17

Und nun, etwa 1,75 Jahre nach dem Erscheinen unseres Artikels (FaZ 1, Febr. 83 "Krieg ist nicht gesund für Kinder und andere lebende Dinge") müssen wir beide Bemerkungen schamlos wiederholen. Schamlos diesmal, weil nicht wir diejenigen es sind, die den Spuk um die Geographie entthüllen, sondern die Presse (ungeschickterweise) und ein Leser ebendieser (mit durchaus als klar zu bezeichnender Überlegung).

Wir gratulieren der Leserbriefschreiberin (deren Namen und Anschrift wir nicht breittreten wollen) zu einer solch aufgeweckten Ansicht. ECHT GUT !
Übrigens: Die Faz-Redaktion ist weder verwandt, verschwägert noch bekannt mit der Dame !!!

Was ist das nun wieder für eine Provokation mag sich mancher ungewohnte FaZ-Leser oder Neuling im Fach fragen. Ganz einfach: Durch einen Fehler der Redaktion wurde einfach aus Geographie und Geomorphologie kurzerhand "Geologie" und damit etwas vorausgenommen (nichtsahnenderweise), was schon jahrelang am Fachbereich und in bestimmten Ebenen der Hochschule diskutiert wurde, nämlich die Auflösung der Geographie und deren Übernahme durch die Geologie. Angeblich soll die Öffentlichkeit davon nichts gewußt haben, aber das Gegenteil ist ja nun bewiesen...

Oder lag es einfach nur daran, daß die Selbstdarstellung der betreffenden Teile der Geographie derart schlecht ist und mit dem miesen Image harmoniert, welches die Geographie im Bild der Öffentlichkeit genießt, die somit wie am Fr, 28.9.84 berichtet, immer "irrtümlich .. von Geologen gesprochen" hat. Dieser Fehler hat aber gegessen, wie es der Leserbrief beweist. Denn auch hier berichtet man von Geologen, -ein Irrtum, dessen Zustandekommen uns aber nicht sehr wundern muß. Selbst innerhalb der TH bekommt man zu hören:

"Was machst Du? " - "Geographie !"

"Ach, Geologie !"

Aber dieses Problem mit dem Namen halten wir für nachrangig.

Viel besser war, daß in dem Leserbrief das ausgesprochen wurde, was viele Studenten sich schon lange denken, aber bis heute es noch nicht wagen, dermaßen deutlich zu sagen. Immerhin muß man ja einige Semester hier zubringen... Dieser oft aufgeblasene Luftballon der Geoökologie ist mal wieder mit einem furzenden Geräusch durch die Luft gesaust und liegt in der Ecke mit etwas welkem Anblick.

Nicht nur die Anspielung auf das "arbeiten" gefällt uns, sondern, -und dies ganz besonders-, auch der Bezug zu unserem Raum, unserer heimischen Umwelt mit ihren höchst eigenartigen Problemen. Auch daß bereits ein Schulkind die Kenntnis besitzt, welche Abtragungsvorgänge bei Regen stattfinden freut uns (allerdings hätten wir gerne etwas mehr derartig geschulter Kinder, die dann später auch an die Uni kommen). Es ist tatsächlich so, daß die meisten Kinder bereits Erfahrungen mit den Prozessen gemacht haben, nur sind sie nicht dazu imstande, diese auch so schön in wohlklingende Worte und theoretische Modelle zu stellen. Aber gerade das ist es, was der Geographen von einem "normalen" Menschen unterscheidet: Theorie und Praxis

Leider müssen wir eines bemängeln an dem Leserbrief, der letzte Absatz stellt Herrn Dr. Harres als Sündenbock dar, was jedoch nach unserer Kenntnis nicht voll zutrifft. Er trägt sein Schärfflein dazu bei (als Propagandaminister des Geogr. Vereins), ist jedoch selbst nur ein Zahnradchen im Getriebe.

Alles in allem finden wir diesen deutlichen Brief unbedingt der Berücksichtigung würdig, zeigt er doch sehr deutlich, welche Sackgassen eine Wissenschaft heute doch so gehen kann. Auch der Uni-Bluff (das großspurige Formulieren von Belanglosigkeiten und das Selbstbeweihräuchern) ist unterschwellig doch gut zum Ausdruck gekommen.

Student Kalle Krümel bei der Erkenntnisgewinnung in der Versuchsreihe "Flächenspülprozeß"



Damit hätte die FaZ der Geographie mal wieder schön eins auf den Deckel gegeben...

Aber ... und nun kommt der Einwurf, der auch und gerade in der Fachschaftsgruppe klar verstanden wird (kommen wir doch aus recht verschiedenen anderen Fächern) auch in den anderen Fächern wird nichts so heiß gegessen, wie es gekocht wird. Auch dort wird mit einem oft ansehnlichen Forschungsetat etwas analysiert, nachgewiesen, überprüft und bestätigt, was viele Menschen vielleicht schon wissen und viele auch praktizieren (manchmal auch unwissentlich der Hintergründe aber wissentlich des praktischen Effekts).

So muß man den physischen Geographen, wenn man sie schon nicht verteidigen kann, wenigstens das Recht (was immer man darunter verstehen mag) zubilligen, dasselbe zu tun, wie die anderen "Wissenschaftler", nämlich für viel Geld evtl. wenig nutzbringendes hervorzubringen.

Und wenn dann als "Nebenprodukt" der sardischen Forschung sogar noch ein Anbauvorschlag für die Forstwirtschaft erwächst und zufällig die eine oder andere Umweltsünde aufgedeckt wird, dann hat die Arbeit in Sardinien doch noch irgendeinen Sinn, wengleich auch die heimischen Probleme uns allen zunächst wichtiger erscheinen.

Wichtig ist für allem: die "Wissenschaft" als Gesamtheit zu überprüfen auf ihren Wert hin und dann zu einem Schluß kommen, ob man sich als Normalbürger vom "Wissenschaftler" noch nasführen lassen sollte.

Wie oft geschieht es in unserer Umgebung, daß man, sobald ein "Wissenschaftler" dieses oder jenes behauptet, diesem sogar glaubt und auf dessen Kapazität vertraut. Daß aus einem blinden Glauben an Doktor-/Professor-/Diplom- oder Sonstnochwastitel in eine Sackgasse/Falle/Selbstmord etc. rennt, dürfte uns doch allen klar sein.

In diesem Zusammenhang weisen wir nochmals darauf hin, daß es in der Fachschaftsgruppe noch immer den Arbeitskreis Wissenschaftskritik gibt, der sich gerade mit den Fragen der Glaubwürdigkeit einer Wissenschaft und deren Zielsetzungen auseinandersetzt.



Wer mehr als klug ist, von dem sagt man:

He is so klok as Kösters Koh, de gung acht Dage vor'n Regen
na Hus und kreeg doch den Steert noch nat.

Die Kühe verstehen sich eben aufs Wetter.

Auch ein Professor verstand sich aufs Wetter und sagte immer
voraus, morgen wird es regnen, oder auch, morgen scheint die
Sonne. Und dann kam es auch so, oder es kam anders, je nachdem.

Einmal fuhr er mit seiner Kutsche über Land, da sah er eine
Frau, die eilig ihre Wäsche von der Leine nahm. Der Professor
ließ halten.

"Min leewe Fro", sagte er, "laten Se Eer Tüg man driest han-
gen, -dat Wår blifft god."

"Oh nä", sagte die Frau, "ick willt doch leewer rinhalen".

"Se könnt mi dat glöben", beteuerte der Professor, "dat Wår
blifft god vandagen. Ick hebb dor up studeert und weet
Bescheed."

"Nä, nä", beharrte die Frau, "det gifft säker Regen. Use Koh
hett danaßen all so mit'n Steert slahn!"

Es half dem Professor nichts, die Frau nahm ihr Zeug ab, und
er fuhr weiter. Er wußte nicht, daß die Kühe mit dem Schwanz
schlagen, weil die Fliegen so stechen, und daß die Fliegen
so stechen, weil sie den Regen kommen fühlen.

Nach kurzer Zeit fängt es dann auch richtig an zu regnen.

Das war schon ärgerlich genug für den Professor. Nun fing der
Knecht auf dem Kutschbock auch noch an, mit dem Kopf zu schüt-
teln und vor sich hin zu lachen.

"Wat hebbt Se denn to lachen?" fragte der Professor böse.

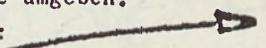
"Och", sagte der Knecht, "ick möt man blot so lachen, dat
'ne Koh in ärn Steert mehr Verstand von't Wår hett as son
Perfesser in sinen Kopp!"



Kurze Erläuterungen zur umseitig abgebildeten
" Waldschadenskarte "



Da der Herausgeber bei der Farbwahl und der Rasterung nicht daran gedacht hat, daß Darmstadts große Geographenzeitung (F&Z) eine Wiedergabe in einer Ausgabe vorgesehen hat, war es notwendig, die Karte etwas zu verändern. Die Gebiete über 50% geschädigter Waldfläche sind mit Flächenfarbe dargestellt und mit einer unterbrochenen Linie umgeben.

Untunlich tun sich hervor:  > 75%!

> 50% Schwarzwald, Fichtelgebirge, Fränkische Alb,
Bayerischer Wald (ausgenommen der Oberpfälzer Wald an Grenze zur CSSR aus der Gruppe 25-50%).

Die Gebiete mit einem Schädigungsgrad von 25-50% wurden mit einer punktierten Linie umgeben. Die Flächendarstellung erfolgte mit einem engen Raster. Hierin fallen:

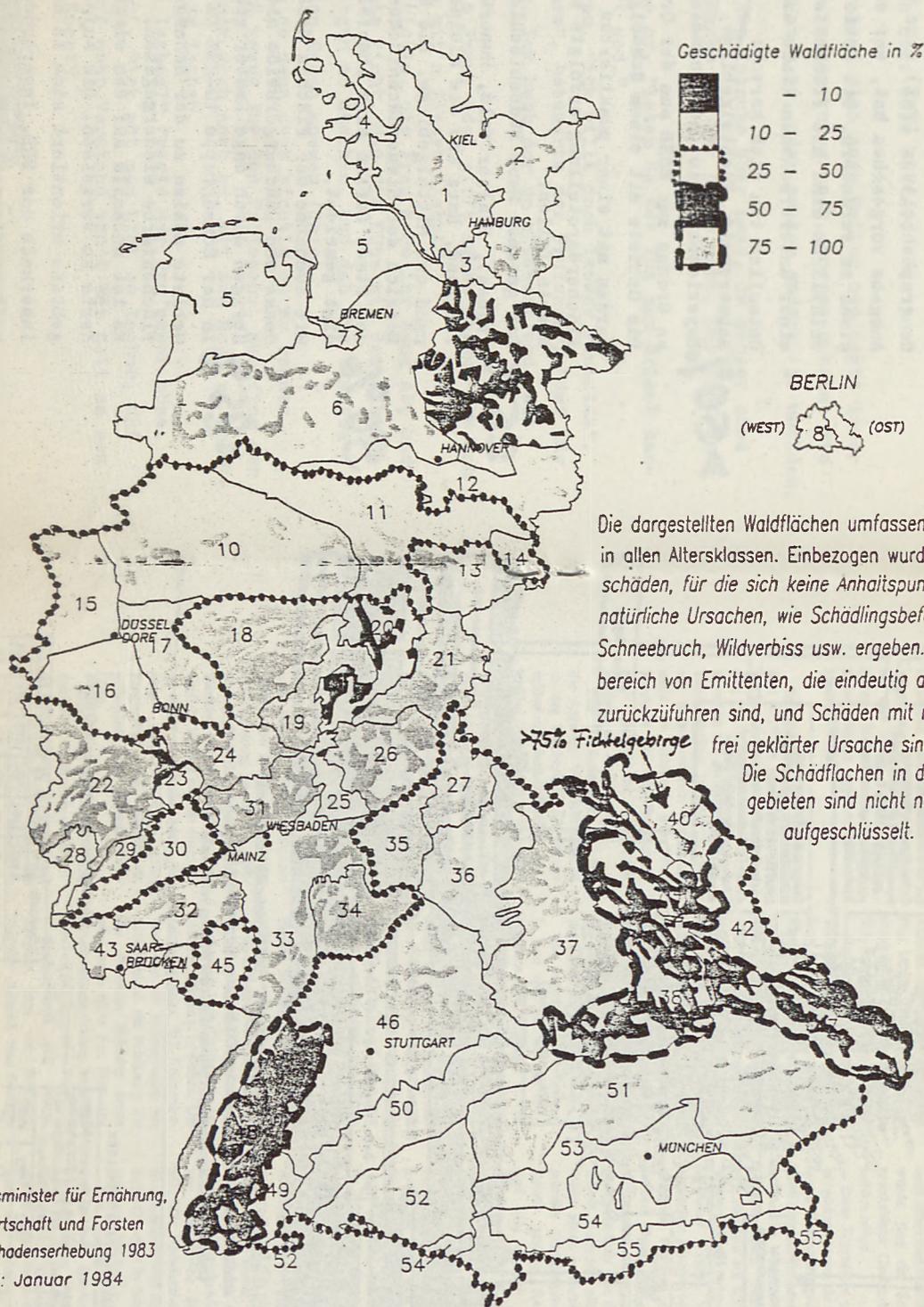
25%
1
50% Der gesamte Raum Süddeutschland (mit Ausnahme Rheingraben), Pfälzer Wald, Hunsrück, das gesamte NRW-Tiefeland, Harz und die kleinen Gebirgszüge am Nordrand der Mittelgebirge. Die kleinen Waldflächen im Bereich der Niedersächsischen Nordseeküste und in der Stadt Berlin sind ebenfalls als 25-50% geschädigt gemeldet.

< 25% Mit Ausnahme der Flächen Westeifel, Nordhessischer Senke und Lüneburger Heide mit Wendland sind die übrigen durch enge Raster gekennzeichnete Flächen in der Schadgruppe 10-25% zu finden. Die erwähnten Gebiete zählen zu der Schadgruppe -10% und sind in Flächenfarbe wiedergegeben.

Es ist nochmals auf den eingefügten Kommentar der Karte zu verweisen. Die Aufgliederung der 55 Wachstumsgebiete orientiert sich an naturräumlichen Grenzen innerhalb der BRD. Innerbundesrepublikanische Verwaltungsgrenzen sind bewusst vollkommen vernachlässigt.

Waldschäden in der Bundesrepublik Deutschland

in Waldflächen größer 50 ha für alle Baumarten



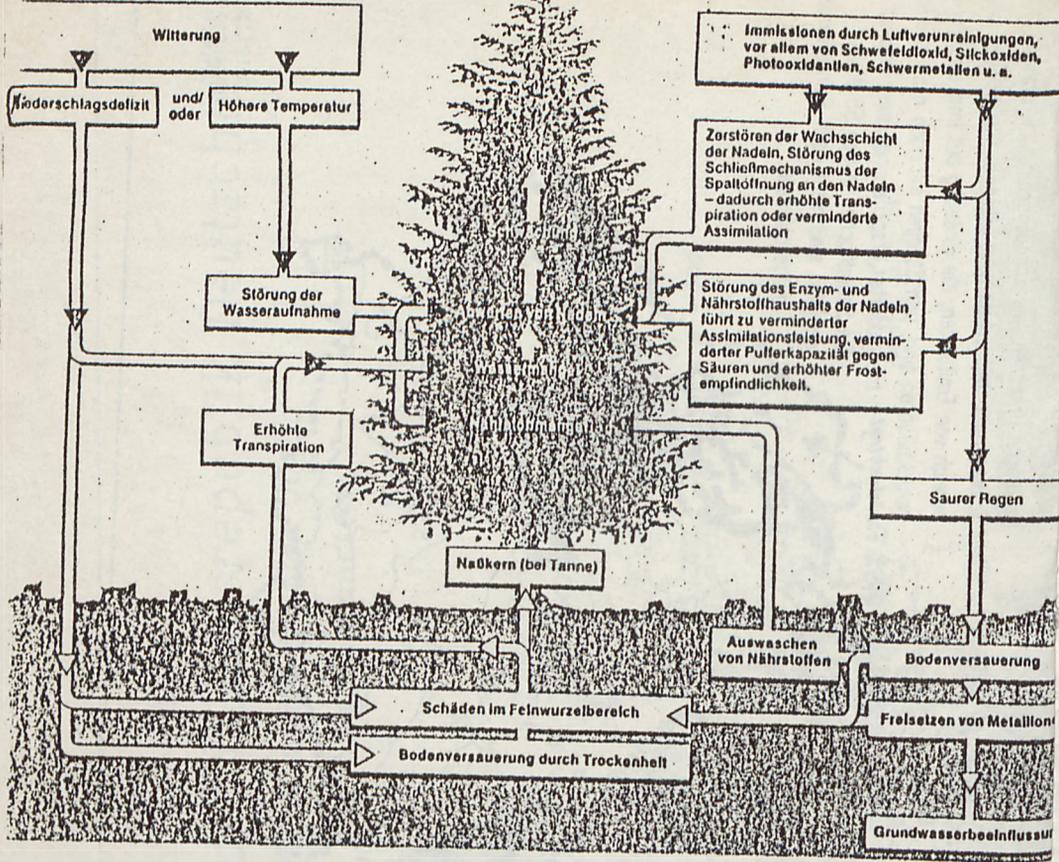
Die dargestellten Waldflächen umfassen alle Baumarten in allen Altersklassen. Einbezogen wurden alle Waldschäden, für die sich keine Anhaltspunkte für bekannte natürliche Ursachen, wie Schädlingsbefall, Windwurf, Schneebruch, Wildverbiss usw. ergeben. Schäden im Nahbereich von Emittenten, die eindeutig auf Immissionen zurückzuführen sind, und Schäden mit noch nicht zweifelsfrei geklärter Ursache sind somit erfasst. Die Schädflächen in den 55 Wuchsgebieten sind nicht nach Schweregrad aufgeschlüsselt.

Quelle: Bundesminister für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten
Waldschadenserhebung 1983
Stand: Januar 1984

Darstellung: Umweltbundesamt / U MPLIS
© Umweltbundesamt 1984

U MPLIS
Methodenbank
Umwelt

Quelle: Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten



Schema möglicher Kausalketten beim „Waldsterben“: Das vereinfachte Schema soll mögliche Kausalketten verdeutlichen. Die Einflüsse können unabhängig voneinander ablaufen oder sich gegenseitig in der Wirkung verstärken.

Das Waldsterben nach Baumarten

Baumart	% -Anteil an der Waldfläche der BHD	% -Anteil der geschädigten Bäume (alle Schadstufen) an der Gesamtfläche der jeweiligen Baumart		
		1982	1983	1984
FICHTE	39,2	9	41	51
KIEFER	19,9	5	44	59
TANNE	2,4	60	75	87
BUCHHE	17,0	4	26	50
EICHE	8,4	4	15	43
SONSTIGE	13,1	4	17	31
INSGESAMT	100	8	34	50

Das Waldsterben nach Schadstufen

Schadstufe	in % der Waldfläche			in % der Schadfläche		
	1982	1983	1984	1982	1983	1984
1 (KRÄNKE/LND)	6	25	33	75	72	66
2 (KRANK)	1,5	9	18	19	25	31
3 und 4 (SEHR KRANK/TOT)	0,5	1	1,5	6	3	3
INSGESAMT	8	34	50	100	100	100

Quelle: Bundesanstalt für Ernährung, Bonn, Waldschadenenerhebung 1984

Mit Strahlung geht's schneller

Neue Schadenskartierungen aktualisieren eine vergessene Untersuchung: Wenig Radioaktivität und wenig Schwefeldioxid kann explosionsartig giftige Schwefelsäure ergeben. Dieter Herold berichtet.

Im Mai 1962 war das Forstamt Wolfach im Schwarzwald mit seinem Latein am Ende. Um den Ort Wittichen herum hatte es schon seit geraumer Zeit ein Tannensterben beobachtet, das mit herkömmlichen Antworten nicht zu erklären war. Das Forstamt bat das Forstbotanische Institut der Universität Freiburg um Aufklärung.

Die Briefschreiber erhielten die Antwort: Vielleicht liege es an der Trockenheit, die Förster sollten eben besser durchforsten.

Das Forstamt war so schlau wie vorher. Denn gerade mit der Trockenheit konnte das Tannensterben nicht erklärt werden. Anderswo waren die Bäume nämlich gesund, obwohl es dort genauso viel oder wenig geregnet hatte.

Heute, 22 Jahre danach, haben viele Hänge um Wittichen keine erwachsenen Bestände mehr. Es gibt nur noch vereinzelt über 60jährige Fichten, Kiefern und Buchen. Jüngere Fichten haben vom dritten oder vierten Nadeljahrgang an oft ein gelbbraunes Mosaik nadelstichgroßer Flecken. Am schlimmsten aber sind die Bäume um die ehemalige Silber- und Kobaltmine „Sophia“ nahe Wittichen dran. Jungfichten sind verkrüppelt, gelbspitzig oder bräunlich verfärbt.

Und heute gibt es auch eine Erklärung für diese herausragende Schadensinsel: Radioaktivität und Schwefeldioxid. Denn die im 19. Jahrhundert stillgelegte Grube ist auch uranhaltig.

Der Leiter des indischen Atomzentrums (Bhabha Research Centre) in Bombay, Professor Vohra, hatte schon vor

neun Jahren herausgefunden, daß das radioaktive Edelgas Radon und SO₂ besonders bei Feuchtigkeit „eine explosionsartige Kettenreaktion“ eingehen. Ergebnis: Schwefelsäure.

Die Radonkonzentration muß dabei 50 Picocurie* pro Kubikmeter Luft übersteigen. (Siehe Autoren und Quellen, Seite 110.) Das heißt: Relativ geringe Radioaktivität und relativ geringe SO₂-Konzentration ergeben Gift.

Radiologische Messungen für Wittichen (1982 von Mitarbeitern des Kernforschungszentrums Karlsruhe und Uranerz GmbH) ergaben einen Radongehalt von etwa 5000 L: 200 000 Picocurie pro Kubikmeter Luft. Und die SO₂-Konzentrationen lagen zwei Kilometer südlich von Wittichen (1982/83 von der Landesanstalt für Umweltschutz gemessen) im Mittel bei 20 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft. Kurzfristig stiegen die Werte sogar auf bis zu 278 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft.

Die Reaktions-Schwellenwerte sind also bei weitem überschritten. Das bedeutet: In diesem stark strahlenden Gebiet wird das SO₂ sehr schnell zu Schwefelsäure umgewandelt, das sich dann auf die Bäume senkt. So wäre verständlich, daß um Wittichen schon 1962 Baumsterben beobachtet wurde. Der SO₂-Gehalt muß also schon damals mindestens den Reaktions-Schwellenwert überschritten haben.

Radioaktivität allein kann als direkte Schadensursache ausgeschlossen werden. Denn bis 1956, so lassen Fotos abschätzen, war auch der unmittelbare Haldenbereich der Grube mit gesunden Bäumen bewaldet. Die relativ geringe SO₂-Konzentration von 20 Mikrogramm im Mittel reicht als Erklärung für die extremen Schäden heute aber auch nicht aus. Nur eine Kombinationswirkung von Radon und SO₂ kommt in Frage.

Eindrucksvoll sind Vohras Arbeiten jetzt von Professor Günther Reichelt vom Seminar für Schulpädagogik in Rottweil zusätzlich belegt und damit aktualisiert worden. Er kartierte – neben Wittichen – sechs Uranerzlager im Fichtelgebirge,

Oberpfälzer Wald und Schwarzwald. Ergebnis: Überall sind die Schäden im unmittelbaren Lagerbereich sichtbar größer und nehmen nach etwa 2,5 Kilometern wieder ab. Auch in den benachbarten Tälern um Wittichen, in denen zwischen dem 15. und 19. Jahrhundert ebenfalls nach Silber und Kobalt gegraben wurde, sind die Schäden im uranhaltigen Grubenbereich erheblich höher.

Diese Ergebnisse sind um so bemerkenswerter, da sie die früheren Beobachtungen von Reichelt stützten. Er hatte um Kernkraftwerke herum deutliche Schadenszonen entdeckt, die sich ebenfalls auf herkömmliche Weise nicht erklären ließen (siehe natur 3/1984). Vohras Erkenntnisse könnten für das noch ungelöste Problem einen Weg weisen. Denn viele aus Kernkraftwerken abgegebene Stoffe sind radioaktiv wie das Edelgas Radon. Auch hier gilt: Radioaktivität allein scheidet wohl als primäre Schadensursache aus: Relativ geringe Radioaktivität und SO₂ ergeben vermutlich Gift.

So, wie sich vor 20 Jahren das Forstbotanische Institut keine andere Krankheitsursache als Trockenheit vorstellen konnte, so wenig kann sich heute das Kernforschungszentrum Karlsruhe vorstellen, daß Radioaktivität etwas mit Waldschäden zu tun haben könnte. Das Forschungszentrum sagt nämlich (auf den ersten Blick völlig einleuchtend), Kraftwerke strahlten so wenig, daß das nicht ins Gewicht fallen könne. Überschen wird dabei offenbar die sich gegenseitig verstärkende Wirkung von radioaktiven Stoffen und SO₂. Die Radioaktivität um die Kraftwerke könnte so hoch sein, daß SO₂ sofort in Schwefelsäure umgewandelt wird.

Das Forstbotanische Institut konnte 1964 vom chemischen Zusammenspiel zwischen Radioaktivität und SO₂ noch nichts wissen. Das Kernforschungszentrum aber könnte schon seit neun Jahren im Bild sein.

Auf einer Tagung der Internationalen Atomenergiebehörde im Dezember 1975 in Wien trug nämlich Professor Vohra seine

* Picocurie ist eine Maßeinheit für die Aktivität eines radioaktiven Stoffes. 1 pCi entspricht ungefähr zwei radioaktiven Zerfällen pro Minute.

Untersuchungsergebnisse schon vor.

Dr. Hübschmann vom Kernforschungszentrum meinte schon damals, daß eine derartige Sicht „in Zukunft durchaus erforderlich sein könnte“.

Atom-Lobby

Ein Mann im Visier

Mit Unterstellungen und Verleumdungen wehrt sich die Atom-Lobby gegen die Erkenntnis, daß in der Umgebung von Kernkraftwerken die Waldschäden besonders stark sind.

Kummer ist der Biologe Professor Dr. Günther Reichelt, 58, gewohnt. Wo immer das Mitglied des Landesbeirats für Umweltschutz der Landesregierung Baden-Württemberg vor Uneingeweihten schonungslos die Gefahren von Grundwasser- und Luftverschmutzung oder von Landschaftsvermichtung durch den Straßenverkehr aufzeigt, wird er gern als berufsmäßiger Übertreiber, als Umweltschönwetter oder Panikmacher in die Ecke gestellt.

Dem *Deutschen Atomforum* aber blieb es bisher vorbehalten, diesen Mann voll anzunehmen. Was war geschehen?

Nichts weiter, als daß Günther Reichelt in der Umgebung von Atomkraftwerken größere Waldschäden festgestellt hatte als andernorts – und das der Öffentlichkeit auch mitteilte.

Er behauptete nicht, daß die geringen Strahlendosen aus den Kraftwerken die Schäden direkt verursachen. Er vermutete vielmehr, daß Radioaktivität die Schädigung von Schwefeldioxid oder Stickoxiden erheblich verstärkt. So steht das auch in *natur* 3/1984. *natur* druckte ebenfalls eine Karte ab, die die größeren Waldschäden rund um das Kernkraftwerk Obrigheim wiedergibt. Diese Veröffentlichung wurde von vielen Zeitungen, Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehstationen aus dem In- und Ausland aufgegriffen und zitiert.

Das forderte das Kernkraftwerk Obrigheim heraus. Es verschickte im Gegenzug in fast alle Redaktionsstuben eine extra angefertigte, 16seitige DIN-A-4-Schrift. Titel: „Zwischen den Waldschäden im Odenwald und dem Kernkraftwerk Obrigheim gibt es keinen Zusammenhang.“

Darin wird zwar Reichelts Methode der Schadenserhebung ausdrücklich anerkannt, gleichwohl werden ihm aber drei angeblich gravierende Fehler unterstellt:

1. Für ein so eng begrenztes Gebiet sei seine Aussage „statistisch nicht mehr abzusichern“ und damit „mehr als fragwürdig“.

2. Er habe dort Wälder stark geschädigt gesehen, wo überhaupt keine Wälder sind.

3. Die angegebenen Windrichtungen stimmten mit den tatsächlichen nicht überein.

Obrigheim hat zu schnell reagiert:

Zu 1.: Mit der Wahrscheinlichkeit von 99 Prozent ist die Aussage statistisch abgesichert.

Zu 2.: Sämtliche Beobachtungen wurden in Wäldern gemacht und dann Verbindungslinien zwischen Punkten mit gleichen Schadenshöhen gezogen. Amtliche Niederschlagskarten haben zum Beispiel dreimal weniger Beobachtungsstationen, als Reichelt Beobachtungspunkte hatte.

Zu 3.: Die von Reichelt angegebenen Windrichtungen sind dem KlimaAtlas von Baden-Württemberg entnommen. Irrtümer könnten dadurch entstanden sein, daß im Text zu Reichelts Schadenskarte in *natur* 3/1984 eine Windrose, die auf den Meßdaten des benachbarten Buchen beruhte, versehentlich direkt auf Obrigheim bezogen wurde. Dort gehen die Winduhren zwar etwas anders, doch für die Ausbreitung von Schadstoffen sind nicht nur die Windrichtungen am Ort des Emittenten maßgeblich.

Das Kernkraftwerk stützt sich auf ein Gutachten der Technischen Hochschule Karlsruhe, das vor Baubeginn erstellt wurde. Darin heißt es: „Es herrschen gleichmäßig zwei Windrichtungen vor: Im Frühjahr, Sommer und Herbst um West, im Winter um Ost.“

Vom Standort des KKW aus gesehen heißt das, daß in der meisten Zeit des Jahres die Winde nach Osten, im Winter nach Westen wehen. Ein zusätzliches Argument für Reichelt. Denn wie Professor Vohra feststellte, (siehe „Mit Strahlung geht's schneller“) nimmt die Schädigung gleicher Stoffmengen unter Einwirkung von Feuchtigkeit (und im Winter sind diese Wetterverhältnisse gegeben) „explosionsartig“ zu. Das erklärt die relativ weite Schadenszone nach Westen.

In der Zwischenzeit wurde die Reichelt-Methode zur Schadensfeststellung von anderen geprüft und für gut befunden. Forstpräsident Erwin Lauterwasser von der Forstdirektion Freiburg vor der Versammlung des *Bundes Deutscher Forstmänner*: „Die Schadensfeststellungen (von Reichelt) stimmen mit den Feststellungen der Forstlichen Versuchs- und Forschungsanstalt weitgehend überein.“

Das Mitglied des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen, Professor Dr. Paul Klemmer, fand „Darstellung und Präsentation der Untersuchungsergebnisse recht überzeugend“. Das Forstamt Straßburg bestätigte im Frühjahr 1984 die von Reichelt im Sommer 1983 festgestellten Schäden in den Vögeln. Zuvor hatte es geheißen: völlig absurd.

Die eidgenössische Anstalt für das forstliche Versuchswesen kam für den Raum Basel „zu ähnlichen Schadensmustern“ wie Reichelt. Der Kanton Zürich kartiert mit der Reichelt-Methode, und die schweizerische Regierung läßt jetzt die Waldschäden besonders in der Nähe von Atommeilern untersuchen.

Gleichwohl wußte das *Deutsche Atomforum* (nach Briefkopfangabe zuständig für „Analysen, Informationen und Stellungnahmen für die friedliche Nutzung der Kernenergie“) schon im Januar 1984, was es von den Schadensbeobachtungen rund um Atommeiler zu halten hatte: „Es ist völlig absurd anzunehmen, daß Kernenergie irgend etwas mit dem Waldsterben zu tun haben könnte.“ Hier einen Zusammenhang herstellen zu wollen, sei deshalb „in höchstem Maße verantwortungslos“.

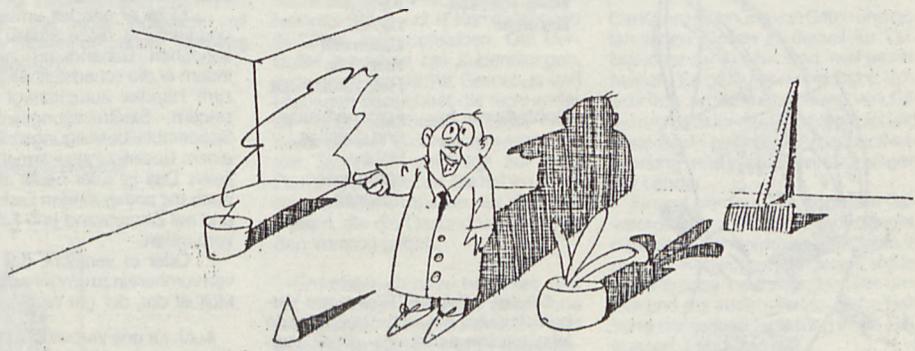
Den Verantwortlichen benannte das Atomforum sich mit: Professor Reichelt. Der soll nämlich „bereits schriftlich“ darauf hingewiesen worden sein, daß er „kein Recht habe, den Titel Professor zu führen“. Falsch selbstverständlich, aber dieses Schreiben wurde ebenfalls an Journalisten verschickt. Günther Reichelt hat den Professorentitel am 1. April 1970 vom damaligen baden-württembergischen Kultusminister Hahn verliehen bekommen.

Der Mann hatte nur gesagt: Um Kernkraftwerke herum sind Schäden, die sich mit den üblichen Antworten nicht erklären lassen. Da muß noch geforscht werden, nicht verleumdet.



Waldschäden: In der Umgebung der ehemaligen uranhaltigen Silber- und Kobaltgrube „Sophia“ bei Wittichen läßt sich erhöhte Radioaktivität nachweisen. In unmittelbarer Nähe der Grube sind trotz geringer Luftverschmutzung mit SO₂ und Stickoxiden schon junge Fichten und Tannen gelb und verkrüppelt (Schadensbereich). Das Ausmaß der Schäden nimmt mit zunehmender Entfernung von der Grube ab (Schadensbereich). Doch auch dort sind die Bäume immer noch stärker geschädigt als in vergleichbaren Lagen außerhalb uranhaltiger Halden.

Aus einem Wissenschaftsroman



„Da... da... ich habe die Lichtquelle entdeckt!“ rief der Forscher begeistert.

Wie kommen die Schadstoffe in den Müll?

Haben Sie sich schon einmal bewußt gemacht, wo Sie überall in Ihrem Haushalt Chemie verwenden? Da kommen Sie ins Staunen, wenn Sie einmal Ihre Haushaltchemikalien aus Küche, Bad, Keller, Garage und Gartenlaube auf einen Platz zusammenstellen.

Wo wir überall Haushaltchemikalien benutzen, soll die folgende Übersicht verdeutlichen:

Wäsche- und Kleiderpflege:

Waschmittel
Weichspüler
Mottenschutzmittel
Fleckenferner
Imprägnierungsmittel

Wohnungs- pflege:

Putz- und
Reinigungsmittel
für Böden und
Möbel usw.
WC-Reiniger
Abflußreiniger
Fleckenferner
Kalkentferner
Desinfektions-
mittel

Geschirrpflege:

Geschirrspül-
mittel
Metall- und
Silberputzmittel

Gesundheits- pflege:

Medikamente
Kosmetika
Mundpflegemittel

Auto:

Rostschutzmittel
Öl
Batterien
Farbe
Autopflegemittel

Freizeitbereich/ Garten:

Pflanzenschutz-
und Schädlings-
bekämpfungsmittel
Holzschutzmittel
Düngemittel

Do-it-yourself- Bereich:

Farben
Lacke
Lösemittel
Klebstoffe
Holzschutzmittel

Hobbybereich:

Fotochemikalien
und sonstige
Hobby-
chemikalien
Batterien

Bei häufiger Verwendung fallen weniger bis gar keine Reste an. Produkte werden aufgebraucht oder „verschwinden“ wie selbstverständlich. Gerade Wasch- und Reinigungsmittel werden nach Benutzung weggeschüttelt und gelangen ins Abwasser. Aber auch diese scheinbar natürliche Beseitigung ist nicht unproblematisch. Hier gilt grundsätzlich: sparsamste Anwendung, Verzicht auf chemische Spezialmittel, Nutzung von umweltfreundlichen Alternativen.

Aus anderen Bereichen dagegen fallen eher Restmengen von Chemikalien an:

Sei es, daß ein Produkt ausgedient hat (Altöl, Batterien). Sei es, daß man von vornherein eine zu große Menge gekauft hat (Farben, Lacke). Sei es, daß ein akuter Anlaß erfolgreich bekämpft ist (Medikamente, Pflanzenbehandlungsmittel, Fleckenferner), oder man wegen eines einmaligen Anlasses auf Resten „hockenbleibt“ (Lösemittel).

So lagern Haushaltchemikalien in vielen Kellern, Hobbyräumen, Gartenlauben und Hausapotheken.

Der Verbraucher kann Chemikalienreste auf einfache Weise loswerden,

... indem er sie in die Mülltonne wirft. Er handelt dann in den meisten Fällen umweltschädigend.

... Oder er handelt umweltbewußt und versucht, diese Abfälle einer gesonderten Behandlung zuzuführen, indem er die schadstoffhaltigen Reste zum Händler zurückbringt oder bei seinem Stadtreinigungsamt, einer Sonderabfallbeseitigungsanlage oder einem Beseitigungsunternehmen abliefern. Das ist aber heute allzuhäufig noch mit zeitneuhenden Diskussionen und mit Zeitaufwand und Fahrkosten verbunden.

... Oder er versucht, das Problem von vornherein zu umgehen: Der beste Müll ist der, der gar nicht erst anfällt!

Auch für uns Verbraucher sollte der Grundsatz der Abfallwirtschaft gelten: **Abfallvermeidung geht vor Abfallverringerung, Abfallverringerung vor Abfallverwertung, Abfallverwertung vor Abfallbeseitigung.**

Ob ein sichtbarer Rest eines Verbrauchsgutes mit umweltschädlichen Inhaltsstoffen anfällt oder durch „Aufbrauchen“ erst gar nicht entsteht, hängt in erster Linie von der Häufigkeit seiner Benutzung und Haltbarkeit ab. In der Regel sind Haushalt- und Hobbychemikalien lange haltbar, vorausgesetzt, sie werden nach Gebrauch gut verschlossen und richtig aufbewahrt.



Abfallbewußtsein beginnt schon beim Einkauf!

Bei vielen Produkten sind Gefahrenhinweise und -symbole auf der Verpackung oder innerhalb von Gebrauchsanweisungen ein Indiz dafür, ob akut gesundheitsschädliche Substanzen enthalten sind. Da wir in der Regel mit unseren Sinnesorganen harmlose von schädlichen Substanzen nicht unterscheiden können, slechend oder übelriechende Substanzen häufig von Dullstoffen überlagert werden, sind Warnhinweise zum persönlichen Schutz für Gebrauch und Anwendung häufig gesetzlich vorgeschrieben. Derartige Hinweise lassen den grundsätzlichen Rückschluß zu, daß ein anfallender Rest nicht automatisch in die Mülltonne gehört, sondern gesondert behandelt werden sollte. Damit Substanzen nach gewollter Anwendung nicht ungewollt uns und die Umwelt schädigen. Denn was gesundheitsschädlich ist, ist zumindest auch umweltschädlich, weil viele andere Lebewesen auf Chemikalien viel empfindlicher reagieren als wir Menschen.

Nur - oft fallen Warnhinweise gar nicht auf. Entweder sind sie zu klein gehalten, sind „verschämt“ an unauffälliger Stelle plaziert oder gehen innerhalb der Werbeelemente schlicht unter.

Manche Hinweise sind zudem für Benutzer, die nicht tagtäglich mit solchen Stoffen umgehen, rundweg unverständlich.

Gefahrensymbole



Leicht entzündlich



Giflig



Ätzend



Reizend



Gesundheitsschädlich

Gefahrenhinweise und Sicherheitsratschläge

In der „Verordnung über gefährliche Arbeitsstoffe“ (Arbeitsstoffverordnung) sind 43 verschiedene Bezeichnungen und 19 Kombinationen der „besonderen Gefahren“, die sogenannten R-Sätze, sowie 45 verschiedene Sicherheitsratschläge mit 11 Kombinationen (S-Sätze) festgeschrieben. Die Hersteller brauchen bei Zubereitungen, so werden Gemische, Gemenge und Lösungen bezeichnet, die nicht weiter be- oder verarbeitet werden, nicht mehr als vier Gefahrenhinweise und vier Sicherheitsratschläge auf einer Packung anzugeben. Sie haben damit die freie Wahl, müssen nur den Hinweisen, die die Gesundheit betreffen, den Vorrang geben.

Grundsätzlich ist zu beachten, daß nach der Verordnung über gefährliche Arbeitsstoffe Gefahrenhinweise und Sicherheitsratschläge bei Verpackungen bis zu 125 Milliliter Inhalt fehlen dürfen, wenn sie reizende, brandfördernde, leicht entzündliche oder entzündliche Stoffe enthalten.

Deshalb beim Kauf von kleinen Mengen auf die Kennzeichnung größerer Gebinde achten!

Beispiele für Gefahrenhinweise

„Entzündlich“ (R 10), „Gesundheitsschädlich beim Verschlucken“ (R 22), „Entwickelt bei Berührung mit Säure giftige Gase“ (R 31), „Reizt die Augen“ (R 36), „Reizt die Atmungsorgane“ (R 37) oder „Reizt die Augen und die Atmungsorgane“ (R 36/37) usw.

Beispiele für Sicherheitsratschläge

„Unter Verschluss aufbewahren“ (S 1), „Darf nicht in die Hände von Kindern gelangen“ (S 2), „Unter Verschluss und für Kinder unzugänglich aufbewahren“ (S 1/2), „Bei Berührung mit den Augen gründlich mit Wasser abspülen und Arzt konsultieren“ (S 26), „Nicht in die Kanalisation (oder: ins Abwasser) gelangen lassen“ (S 29) usw.

Bezeichnung des Stoffes

Manche Chemikalien müssen als Inhaltsstoff grundsätzlich oder, wenn sie eine bestimmte Konzentration übersteigen, wegen ihrer Gesundheitsschädlichkeit oder Giftigkeit auf dem Behältnis in ihrer exakten chemischen Bezeichnung angegeben werden. So kann man auf Packungen Angaben finden wie: „Enthält Xylol“, „Enthält 1.1.1-Trichloräthan“, „Wirkstoff: 0,3 % Lindan“ etc.

Giftklassen

Die Kennzeichnung von Giften und gefährlichen Stoffen ist derzeit für Verbraucher sehr verwirrend, weil uneinheitlich. Es gibt unterschiedliche Vorschriften zur Kennzeichnung von Giften nach der für das Bundesgebiet und West-Berlin geltenden Arbeitsstoffverordnung und den Giftverordnungen der Länder.

Einmal werden Gifte nach den Giftverordnungen einiger Bundesländer, darunter auch Nordrhein-Westfalen, in drei Gift-Ableitungen eingestuft, wobei die Giftklasse 1 die stärksten Gifte umfaßt und mit abnehmender Schädwirkung die weitere Einteilung in die Giftklassen 2 und 3 erfolgt.

Zum anderen finden nach der Arbeitsstoffverordnung und den Giftverordnungen anderer Bundesländer zur Kennzeichnung Begriffe wie „sehr giftig“, „mindergiftig“, „gesundheitsschädlich“, „ätzend“ usw. Verwendung.

Danach müssen Gifte und gefährliche Stoffe der Giftklassen I und 2 mit dem Kennbuchstaben „T“, die Stoffe der Giftklasse 3 je nach Hauptwirkung mit den Kennbuchstaben „C“, „Xn“, „Xi“ gekennzeichnet werden. (s. auch S. 37 I.)

Obwohl zur Zeit Bestrebungen im Gange sind, nach dem neuen Chemikaliengesetz die Kennzeichnung für Gifte und gefährliche Stoffe endlich grundsätzlich zu vereinheitlichen, werden wir Verbraucher mit der unbefriedigenden Situation noch einige Zeit leben müssen.

Kennbuchstaben

T steht für „giftig“
 C steht für „ätzend“
 F steht für „leicht entzündlich“
 Xn steht für „gesundheitsschädlich“
 Xi steht für „reizend“

Gefahrenklassen

Gefahrenklassen kennzeichnen nach der Verordnung über den Verkehr mit brennbaren Flüssigkeiten (VbF) die Feuergefährlichkeit brennbarer Stoffe für Verwendung, Lagerung und Transport.

Kriterium für die Einteilung ist der Flammpunkt, also die niedrigste Temperatur, bei der eine brennbare Flüssigkeit gerade schon entflammbare Dämpfe entwickelt. Es gibt die beiden Gruppen A und B, wobei die Gruppe A in die drei Gefahrenklassen I, II, und III unterteilt wird. Die Gefahrenklasse A I umfaßt die bei unter 21° C entflammbar-

ren Flüssigkeiten, die Klassen A II und A III kennzeichnen brennbare Flüssigkeiten mit höheren Flammpunkten.

Der Gruppe B werden Flüssigkeiten zugeordnet, die einen Flammpunkt unter 21° C aufweisen, in Wasser aber gut löslich sind.

So findet man auf Verpackungen von Lacken, Nitroverdünnungen, Klebstoffen, Holzschutzmitteln, Fleckentfernern usw. Angaben wie VbF B, VbF: Gef.kl. A I, A II bzw. A III.

Die Abkürzungen GGVS/EVO, die man häufig in Verbindung mit der Kennzeichnung für brennbare Flüssigkeiten (VbF) findet, beziehen sich auf Transportbestimmungen für gefährliche Stoffe für den Transport auf Straßen (GGVS) und für den Transport mit der Eisenbahn (EVO). Die hinter diesen Abkürzungen stehenden Kennbuchstaben und -ziffern kennzeichnen u. a. die Bruchsicherheit und Beschaffenheit der Gebinde.

Beipackzettel

Bei einzelnen Produktgruppen haben die Gebrauchsanweisungen und Gefahrenhinweise in der Regel keinen Platz auf der Packung. In solchen Fällen gibt der Beipackzettel die nötigen Hinweise. Dieser bildet dann einen festen Bestandteil der Packung, sollte unbedingt beachtet und nicht weggeworfen werden. Beipackzettel gibt es in der Regel bei Medikamenten, Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmitteln, Hobbychemikalien, Fleckentfernern etc.

Umweltfreundliche Produkte sind an dem **Umweltzeichen**, dem „blauen Umweltengel“ erkennbar. Dieses Zeichen wird vom Bundesinnenminister auf Vorschlag des Umweltbundesamtes für Produkte einzelner Warengruppen verliehen, wenn neben anderen Kriterien

- eine umweltschädigende Wirkung stark reduziert ist, z. B. asbestfreie Brems- und Bodenbeläge, schadstoffarme Lacke, blei- und chromarme Rostschutzmittel, lärmarme Staubsauger und Molotrasenmäher, bzw.
- ein gefährlicher Inhaltsstoff durch einen umweltfreundlicheren ersetzt ist, z. B. Spraydosen ohne Fluorchlorkohlenwasserstoffe, Zink/Luft-Knopfzellen,
- oder wenn ein Produkt aus rohstoffschonendem Material hergestellt ist, z. B. runderneuerte Reifen, Recyclingpapier, Pflanzenlöpfe aus Altschlacke.

Das Umweltzeichen versteht sich als ein Informationsinstrument für die „Umwelt“qualität eines Produktes. Andere produktbezogene Qualitätskriterien wie Sicherheit, Langlebigkeit und Reparaturfreundlichkeit, Energiever-



brauch etc. können bei der Vergabe in den Hintergrund treten.

Das Umweltzeichen wird nicht für Produkte verliehen, die an sich schon umweltfreundlich sind, weil sie aus natürlichen Materialien und ohne gesundheitsschädliche Zusatzstoffe hergestellt sind und sich bei Gebrauch nicht nachteilig auf die Umwelt auswirken.

Nähere Informationen über „Umweltfreundliche Produkte“ gibt die gleichnamige Broschüre der Verbraucher-Zentralen Baden-Württemberg, Hamburg und Niedersachsen, die Sie auch in den Beratungsstellen der Verbraucher-Zentrale Nordrhein-Westfalen zum Preis von 4,- DM erhalten.

Im Anschluß an diesen Artikel werden wir regelmäßig in den kommenden FaZen ein Themengebiet aus der aufgeführten Liste behandeln. Die Information stammt aus der Broschüre "Giftdepot Müll-eimer"; ein Wegweiser der Verbraucherzentrale NRW e.V..

Seit dem 1.1.84 ist eine neue Verordnung inkraft, die sich die Bundesregierung extra für die Studenten ausgedacht hat. "Verordnung über den leistungsabhängigen Teilerlaß von Ausbildungsförderungsdarlehen" ist ihre Bezeichnung.

Sie soll ein neues Mittel dazu sein, die Studenten/-innen anzuspornen, schneller und "effizienter" zu studieren. Denn: die 30% der besten BAFöG-Empfänger eines Studiengangs bekommen ab sofort 25% ihrer Schulden erlassen.

Wer und wie gut wer von dieser 30%-Regel betroffen ist, ist Sache des Prüfungsamtes, welches von nun an auch mitgeteilt bekommen muß, ob ein Absolvent nun BAFöG-Empfänger ist oder nicht (was geht die das eigentlich an?).

Weiterhin ist das Prüfungsamt verpflichtet, unsere Daten auf für die elektronische Datenverarbeitung geeigneten, maschinell lesbaren Datenträgern dem Bundesverwaltungsamt zukommen zu lassen (hops! und Ihrseid schon wieder im Kasten!).

Mancher wird sich schon händereiben freuen, und wird sich denken, -na, was solls, wenigstens ein paar Märker weniger Schulden.

Was ist an dieser verfrühten Freude nicht ganz richtig:

-Gerade mit dieser Maßnahme werden gerade diejenigen, deren finanzielle Lage während und nach des Studiums besonders kritisch ist, dazu veranlaßt, sich anzupassen, untereinander in Konkurrenz zu treten, nur noch gegeneinander zu arbeiten, denn wer besser ist als der andere (und nur der) bekommt ja "Geld zurück".

Durch die relativ große Zahl von 30% der möglichen Nutznießer werden alle betroffenen in den Wettkampf einbezogen.

-Dieser Konkurrenzkampf hat natürlich auch Folgen für die nicht-BAFöG-Empfänger.

-Weil das Prüfungsamt auf einmal Kenntnis von der finanziellen Situation der Studenten erhält, was bislang wohlweislich unterbunden wurde, um eine Präjudizierung in dieser Hinsicht von vornherein auszuschließen. Vielleicht wird bei einer möglichen Einstellung vorher noch einmal der Computer befragt, -wer weiß? Heute ist alles möglich.

-Sämtliches Getöse von wegen Spareffekt durch die Umstellung des BAFöG auf Darlehensbasis wird als Humbug entlarvt.

-Der Begriff "solidarisches Lernen" wird dadurch zum unbekanntem Wort.

-Das Geld für die 30% würde eine Erhöhung(Erlaß) für alle von 8% bedeuten.

Auch wenn die Verlockung, nach DM 10.000 Schuldenerlaß zu streben zugegebenermaßen sehr groß ist, müssen wir uns gegen dieses Verfahren zur Wehr setzen, zumal es in einen weitreichenden Maßnahmenkatalog der Bundesregierung hineinragt. Der eigentliche Grund für die Umstellung auf Darlehen kann also nicht der Geldmangel sein!

Bitte lest nachstehenden Diskusstext aufmerksam durch.

Im Seminar "Erziehender Unterricht. Zur Modernisierung der Bildungstheorie durch Herbart" wurde zum BAFÖG-Teilerlaß diskutiert und aufgezeigt, wie sich diese Maßnahme, in eine Fülle von Maßnahmen der Regierung integriert, die heute gegen die Hochschule gerichtet sind. Ausgehend von dieser Diskussion und der einhelligen Ablehnung dieser Maßnahme(n) soll hier versucht werden, einige Hintergründe und Ursachen sowie Handlungsperspektiven zur Diskussion zu stellen.

Tragende Begriffe der heutigen hochschulpolitischen Diskussion, wie sie von den Regierungsparteien, den Unternehmerverbänden und Medien geführt wird, sind "Eliteuniversität", "Spitzenforschung", "Wettbewerb". Worum geht es dabei in Wirklichkeit?

I. Hintergrund dieser hochschulpolitischen Konzeption ist die wirtschaftliche Krise des kapitalistischen Systems, zu deren "Überwindung" die Hochschulen beitragen sollen. Im Zentrum stehen dabei drei Ziele:

1. Das Kapital drängt dazu, sich neue Märkte zu schaffen, deren gesellschaftlicher Nutzen den Schaden nicht aufwiegt, der durch sie der Gesellschaft zugefügt wird.

Unter anderem sollen die Universitäten die Grundlagen für "Innovationen" und den "technologischen Sprung" schaffen. Gentechnologie, Mikroelektronik und Mikroprozessorforschung sollen die Grundlage schaffen für neue Gewinne und nur deshalb dürfen sie sich "Spitzenforschung" nennen.

Aber wie schon bei der Kernenergieforschung und -anwendung erfahrbar wurde, werden diese Technologien unter kapitalistischen Bedingungen besonders von der Rüstungsindustrie vorangetrieben. Sie sind zum großen Teil von Rüstung abhängig und wesentlich mitbestimmt.

An Stelle eines möglichen gesellschaftlichen Nutzens erwachsen aus ihnen größte Gefahren für die Menschheit. Dies gilt auch für die sogenannte friedliche Anwendung der Kernenergie, wo im Interesse einer möglichst schnellen profitablen Anwendung Sicherheitsvorkehrungen und Probleme der Endlagerung beiseite gelassen werden.

Auch die Automation, die besonders durch die Mikroprozessorforschung möglich wird, verbessert unter kapitalistischen Bedingungen nicht die Lebensverhältnisse der Menschen: die Gewinne des Kapitals steigen, während Millionen Menschen arbeitslos - aus Produktion und Gesellschaft ausgestoßen werden. Damit aber werden die größten Kräfte gesellschaftlichen Fortschritts, die schöpferischen Kräfte der Menschen selbst, zerstört, da ihnen weder Arbeits- noch Ausbildungsmöglichkeiten gegeben werden.

"Verautworung des Wissenschaftlers"

Dieser Kurs verlangt die Unterordnung von Forschung und Lehre unter die unmittelbaren, auf den Profit gerichteten Interessen der Industrie. Die Freiheit von Forschung und Lehre fällt damit den Profitinteressen zum Opfer.

2. Mit der Diffamierung der Hochschulen als Produzenten von Mittelmaß und der These von der angeblich mangelnden Konkurrenzfähigkeit der BRD gegenüber Japan und den USA soll die Effektivierung der Hochschule im Sinne der unmittelbaren Verwertungs- und Expansionsinteressen des bundesdeutschen Kapitals vorangetrieben werden.

Alle Wissenschafts- und Studienbereiche, die nicht unmittelbar gewinnversprechend sind, werden quantitativ wie auch qualitativ dem Bedarf des Kapitals angepaßt. Im besonderen Ausmaß sind hiervon die geistes- und sozialwissenschaftlichen Fachbereiche betroffen, auf deren Existenz das Kapital letztendlich jedoch nicht verzichten kann, da diese für die Stabilisierung und Legitimierung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse notwendig sind.

Diese Entwicklung bekommen auch die naturwissenschaftlichen Fachbereiche z.B. bei der Umstellung von Biologie zu Biotechnik zu spüren. Die Vergabe von Forschungsmitteln zugunsten anwendungsorientierter Forschung und damit zuungunsten allgemeintheoretischer wissenschaftlicher Forschung bestätigt diese Tendenz.

Die Anpassung der Hochschulen an die unterschiedlichen Bedürfnisse des Kapitals äußert sich jedoch nicht allein an der Prioritätensetzung von Wissenschafts- und Forschungsinhalten, wobei mit dem Ausbau der Drittmittelförderung die Einflußmöglichkeiten der Einzelkapitale noch erhöht werden sollen, sondern insgesamt wird eine Umstrukturierung des Hochschulsystems angestrebt. Hierzu gehört zum einen die weitere Degradierung der Fachhochschulen sowie die Differenzierung der Fachbereiche der wissenschaftlichen Hochschulen in Massen- und Elitestudiengänge. Geplant sind die Einrichtung von "Steilkursen" für die "besten" Studenten, Sonderlehr- und forschungsbereiche, Aufbau- und Postgraduiertenstudiengänge, zu denen nur eine geringe Anzahl der Studenten zugelassen werden soll, während die Mehrheit der Studenten sich mit einem "Durchschnittstudium" begnügen soll. Die Empfehlungen der Studienreformkommission für Psychologie, die für die Einrichtung von Kontakt-, Ergänzungs- und Aufbaustudiengängen im Anschluß an das Diplomstudium plädieren, bestärken die Tendenz zur Hierarchisierung des Studiums.

Die Bildung einer akad. Reservearmee - akad. Arbeitslosigkeit

3. Ein zentrales Mittel zur Anpassung der Hochschulabsolventenzahlen an die Bedürfnisse des Kapitals ist die Privatisierung der Ausbildungskosten und -finanzierung. Eine frühzeitige Auslese erweist sich insofern für das Kapital als notwendig, da ein Überhang an wissenschaftlich qualifizierten Arbeitskräften langfristig die Existenz kapitalistische Herrschaftsverhältnisse gefährden kann.

So stellt das Handelsblatt ein Modell vor, das die "Finanzierungsfunktion bei der Hochschulbildung weitgehend vom Staat auf private Einrichtungen verlagert." (HB, 8.12.83)

Kurz gesagt, sollen Eltern 9 Jahre vor Studienbeginn ähnlich dem Bausparen bei privaten Institutionen (Banken o.ä.) Gelder einzahlen, um damit später das Studium ihres Kindes zu finanzieren. Dieses Beispiel zeigt, wie weitreichend die Überlegungen zu "marktwirtschaftlichen" Methoden gehen.

Die im Dezember 1982 erfolgte Umstellung des BAFÜG auf Vollkredit ist als ordnungspolitische Maßnahme der Bundesregierung anzusehen, um den Zugang an die Hochschule unter Kontrolle zu bekommen, und verweigert damit der Mehrheit der Bevölkerung ihr Recht auf Bildung. Insbesondere zielt diese Maßnahme auf die Verdrängung von Kindern aus Arbeiterfamilien und Frauen aus der Hochschule ab.

Der seit dem 1.1.84 gültige BAFÜG-Darlehensteilerlaß verwandelt das BAFÜG endgültig in ein Instrument sozialer Selektion.

Die von der CDU und dem RCDS diskutierte Privatisierung der Mensen, der Studentenwerke und der Wohnheime geht in die gleiche Richtung, indem auch hier die höheren Kosten finanziell schlechter gestellte Schichten vom Studium abschrecken soll.

II. Diese Zielsetzungen werden in einer Vielzahl finanzieller, organisatorischer und studieninhaltlicher Maßnahmen umzusetzen versucht. Die zerstörerischen Konsequenzen dieser Politik für Wissenschaft, Gesellschaft und Zivilisation werden mit einem Vorantreiben reaktionärer Ideologien zu decken gesucht.

Hier seien nur zwei zentrale Begriffe genannt: der sogenannte "Wettbewerb", der an den Hochschulen (wieder) stattfinden müsse, und die Notwendigkeit der Bildung von "leistungstragenden Eliten".

Angestrebt wird die Durchsetzung kapitalistischer Wettbewerbsnormen zwischen den einzelnen Hochschulen und den Fachbereichen, zwischen den Lehrkräften und den Studenten.

So sollen doch die Uni's in den USA angeblich "leistungsfähiger" sein!

Unter Wettbewerb wird nicht etwa der wissenschaftliche Wettbewerb zur "Wahrheitsfindung" verstanden, sondern der Wettbewerb um die staatlichen Hochschulmittel und um die Drittmittel, d.h. jener finan-

"Chancenlosigkeit" wird zum Witz

ziellen Mittel, die von der Industrie an Hochschulen für bestimmte Forschungsprojekte vergeben werden, die der Industrie selbst zu teuer wären.

Die Vergabe von Förderungsmitteln nach Wettbewerbs- und Leistungsparametern bleibt nicht ohne Auswirkungen auf den Lehrkörper. Prämienvergabe, verstärkte Leistungskontrolle und Zeitverträge sollen den Wettbewerb insbesondere zwischen den wissenschaftlichen Mitarbeitern anheizen. Die Folgen sind erhöhte Arbeitsplatzunsicherheit und verschlechterte Qualifikationsbedingungen. Durch eine Veränderung der Personalstruktur, wie die HRG-Novelle sie vorsieht, soll die Stellung der Professorenschaft gestärkt und damit letztlich die Hierarchie innerhalb des Lehrkörpers gefestigt werden. Der bereits erwähnte BAFÜG-Darlehenssteilerlaß leitet eine höhere Stufe des Konkurrenzkampfes zwischen den Studenten ein.

Der Elitegedanke ist ein zentraler Bestandteil konservativer Ideologien und geht von der Notwendigkeit einer natürlichen Herrschaft einiger weniger über die un- bis halbgebildete Mehrheit der Bevölkerung aus.

Die so notwendigen "Eliten" sollen nach Frau Wilms folgende Merkmale tragen (nach HB, 8.12.83): "Verantwortungsbewußtsein", "soziales Engagement", "Mut zum Risiko" und "Verpflichtung gegenüber dem Staat und Gemeinwesen". Sie sollen "Träger der FDGO"* sein.

Hier tauchen die schlimmsten antidemokratischen Traditionen auf, denn indem man die Eliten so charakterisiert, wird der Mehrheit der Bevölkerung all diese politischen und sozialen Merkmale abgesprochen. Die Eliten sollen die Herrschaft gegen die Mehrheit sichern.

In diese Richtung gehen auch die Maßnahmen, alle kritischen Kräfte im Lehrkörper auszuschließen als auch der Abbau von Mitbestimmungsrechten der Studenten und des Mittelbaus in den Gremien der Hochschule. Legitimieren soll sich diese Elite durch Leistung, wobei man verschweigt, daß Millionen von Menschen von der Möglichkeit, für die Gesellschaft etwas zu leisten und sich auszubilden, ausgeschlossen werden, und daß in Lehrveranstaltungen mit hohen Teilnehmerzahlen die Studenten an eigener Leistung gehindert werden.



*FDGO =
"Freiheitliche-demokratische Grundordnung"
Sollen denn nicht alle Bürger Träger
der FDGO sein?

Jugendberühmtheit

36 Auch wenn die Gesetze und Maßnahmen der Regierung Kohl noch nicht so weit gehen, sollte keiner zweifeln, in welche Richtung sie gehen. Die Krise drängt und das Kapital will seine Krisenlösung durchsetzen. Der Spielraum für entgegengesetzte Maßnahmen ist unter der gegebenen kapitalistischen Wirtschaftsordnung aufgebraucht.

Das einzige Hindernis, das sich dem Kapital und der Regierung Kohl entgegensetzt, ist der Widerstand in Gesellschaft und Hochschule. Als erstes ist hier die Studentenzahl von 1,3 Mio zu sehen. Trotz jahrelanger Zielsetzungen der KMK^{*} konnte sie nicht gesenkt werden. Die Jugend nimmt ihr Recht auf Bildung trotz aller Ideologien und Einschränkungen wahr. Die Mobilisierung von 30.000 Studentinnen/en bei der Umstellung des BAföG auf Vollدارlehen zeigt, daß die Studentenschaft nicht tot oder angepaßt ist. In der heutigen Situation versucht die Regierung und ihre Unterstützer mit o.g. Ideologie die Hochschulangehörigen untereinander und gegen die arbeitende Bevölkerung zu spalten.

Dies verlangt den gemeinsamen Widerstand.

Es verlangt klar zu sehen, daß nicht nur in Teilbereichen Verschlechterungen eintreten, sondern ^{cm} die Zerstörung von Wissenschaft, Studium und Kultur anvisiert ist, der sich keiner entziehen kann, die alle betrifft, die Wissenschaft, Forschung oder Studium betreiben wollen.

Es geht nicht um den Dialog mit den Regierenden um bessere Mittel. Die Ziele sind entgegengesetzt. Dies gilt innerhalb der Hochschule wie auch z.B. für jene politischen Parteien wie SPD und Grüne, die sich gegen die "Wendepolitik" ausgesprochen haben.

Der gemeinsame Widerstand an den Hochschulen kann nur unten beginnen. Seine Stärke liegt mehr in der zu erreichenden Geschlossenheit als in spektakulären Einzelaktionen (z.B. Großdemos "von oben" angesetzt und ohne Konsequenzen im täglichen Studienbetrieb).

Geschlossenheit ist aber nur möglich, wenn Studenten und andere Hochschulangehörige ihre Aktivitäten selbst bestimmen und kontrollieren. Nur so kann die Mehrheit der Studenten selbst zum Handeln kommen. Nur gemeinsame Aktion gegen bestimmte Angriffe dürfen keine politischen Ultimaten entgegengestellt werden. So versteht sich dieser Text ausschließlich als Diskussionstext, nicht als Handlungsplattform o.ä..

KMK = Kultusminister-Konferenz

Bundesgesetz über
individuelle Förderung
der Ausbildung (Bundes-
ausbildungsförderungs-
gesetz)

Wir rufen die Teilnehmer aller Seminare dazu auf, über die oben angesprochene Thematik zu diskutieren.

Der Fachbereichsrat des Fachbereichs 3 hat am 7.6. 84 eine Erklärung verabschiedet, die mit Rücksicht auf ihre Folgen den Teilerlaß ablehnt. Dies könnte auch in unserem Fachbereich entsprechend diskutiert und verabschiedet werden.

Die geplante Novellierung des Hochschulrahmengesetzes ist eine weitere Maßnahme im Konzept der bildungspolitischen Wende.

Was könnten wir dem entgegensetzen:

- Der geplanten Wende nach rechts müssen die demokratische Studentenbewegung, fortschrittliche Hochschullehrer sowie andere Hochschulangehörige ihren gemeinsamen Widerstand entgegensetzen. Dies bedeutet:
 - + Veranstaltungen und Diskussionen durchführen, die die Maßnahmen zu BAFÖG und Hochschulrahmengesetz zum Gegenstand haben.
 - + Thematisierung gesamtgesellschaftlicher Probleme, die an den Hochschulen als Gegenstand von Forschung und Lehre heute schon unterrepräsentiert sind, wie z.B. Friedensforschung, Humanisierung der Arbeitswelt, Alternative Technologien, Umweltschutz etc. . Diese Inhalte sollten ins Studium integriert werden (in Seminaren, Veranstaltungen ...)
 - + Hochschulinterne, landes- und bundesweite Aktivitäten in Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Gruppen, die gleichermaßen von der rigiden Bildungspolitik der Bundes- und Landesregierungen betroffen sind, Schülern und Auszubildenden und deren Organisationen sind anzustreben.
 - + Unterstützung einer Aktionswoche der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS), der Schülervvertretungen und der DGB-Jugend im Dezember 1984 (auch gegen den Widerstand der anpassungsbereiten und VDS-feindlichen ASTA-Gruppen)

Laßt uns doch mal etwas dazu hören, was Ihr dazu denkt.

Bundesgesetz über individuelle Förderung der Ausbildung (Bundes- ausbildungs- förderungs- gesetz – BAföG)

Auszug

in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Juni 1983 (BGBl. I S. 645, 1680), geändert durch Gesetz vom 24. Mai 1984 (BGBl. I S. 707)

§ 18 b

Tellerlaß des Darlehens

(1) Dem Auszubildenden, der nach dem Ergebnis der Abschlußprüfung zu den ersten 30 vom Hundert der Geförderten gehört, die diese Prüfung in demselben Kalenderjahr abgeschlossen haben, werden auf Antrag 25 vom Hundert des nach dem 31. Dezember 1983 für diesen Ausbildungsabschnitt geleisteten Darlehensbetrages erlassen. Die Bundesregierung bestimmt durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates das Nähere über das Verfahren, insbesondere über die Ermittlung der ersten 30 vom Hundert der Geförderten durch die Prüfungsstellen. Sie kann die Prüfungsstellen zu Auskunft und Mitwirkung verpflichten, soweit die Durchführung dieses Gesetzes es erfordert.

(1 a) Beendet der Auszubildende die Ausbildung vier Monate vor dem Ende der Förderungshöchstdauer mit dem Bestehen der Abschlußprüfung oder, wenn eine solche nicht vorgesehen ist, nach den Ausbildungsvorschriften planmäßig, so werden auf seinen Antrag 5 000 DM des Darlehens erlassen. Der Antrag ist innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Bescheides nach § 18 Abs. 5 a zu stellen.

(2)

Verordnung über den leistungsab- hängigen Teil- erlaß von Aus- bildungsförde- rungsdarlehen (BAföG-Teil- erlaßV)

Auszug

Vom 14. Dezember 1983 (BGBl. I S. 1439, 1575)

Auf Grund des § 18 b Abs. 1 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Juni 1983 (BGBl. I S. 645) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

§ 5

Vergleichsgruppen

(1) Die Prüfungsstelle hat, vorbehaltlich des Satzes 2 und des Absatzes 2 für jeden Ausbildungs- oder Studiengang eine Vergleichsgruppe aus allen Geförderten zu bilden, für die sie das Gesamtergebnis der Abschlußprüfung festgestellt hat. Sie kann mit Zustimmung einer von dem Land bestimmten Behörde

1. wenn die Abschlußprüfungen vergleichbar sind, für mehrere Ausbildungs- oder Studiengänge eine gemeinsame Vergleichsgruppe oder
2. wenn dies im Hinblick auf die Vergleichbarkeit der Abschlußprüfungen erforderlich ist, für einen Ausbildungs- oder Studiengang mehrere Vergleichsgruppen sowie bei Lehramtsstudiengängen, auch an einzelnen Hochschulen, Vergleichsgruppen für Fachrichtungen oder Fächerkombinationen bilden.

(2) In den Magisterstudiengängen wird eine eigene Vergleichsgruppe gebildet für jedes Fach, in dem nach der jeweiligen Prüfungsordnung die Haus- oder Magisterarbeit angefertigt werden konnte; Absatz 1 Satz 2 ist entsprechend anzuwenden.

§ 6

Bildung der Rangfolge

(1) Die Rangfolge ist grundsätzlich nach der im Zeugnis der Abschlußprüfung ausgewiesenen oder nach der Prüfungsordnung festgesetzten Prüfungsgesamtnote zu bilden. Nur soweit diese Note im Einzelfall nicht ausreichend für die Entscheidung, wer von mehreren Geförderten den ersten 30 vom Hundert zuzurechnen ist, ist nach Absatz 2 oder Absatz 3 zu verfahren. Ist eine Prüfungsgesamtnote weder im Zeugnis der Abschlußprüfung ausgewiesen noch nach der Prüfungsordnung festgesetzt, so ist nach Absatz 3 zu verfahren.

(2) Ist nach der Prüfungsordnung die Prüfungsgesamtnote gerundet, wird die Rangfolge unter Einbeziehung der durch die Rundung weggefallenen, höchstens jedoch zwei Stellen hinter dem Komma gebildet.

(3) Im übrigen ist die Rangfolge wie folgt nach dem rechnerisch zu ermittelnden Gesamtergebnis der zu berücksichtigenden Teilleistungen der Abschlußprüfung zu bilden: Die Ergebnisse der einzelnen Teilleistungen sind zu addieren und durch die Gesamtzahl der Teilleistungen zu dividieren. Werden einzelne Teilleistungen nach der Prüfungsordnung besonders gewichtet, so sind die Addition und Division unter Berücksichtigung dieser Gewichtung vorzunehmen. Sind im Rahmen der Gesamtbewertung Ergebnisse von Teilleistungen oder das Gesamtergebnis angehoben oder gesenkt worden, so ist dies ebenfalls rechnerisch zu berücksichtigen. Das Gesamtergebnis ist bis auf eine Stelle hinter dem Komma zu errechnen.

(4) Soweit bei der Einordnung nach den Absätzen 2 und 3 nur eine Stelle hinter dem Komma zur Verfügung steht, geht bei Rangleichheit in der Rangfolge jeweils der Geförderte, der seine Ausbildung in der geringeren Zahl von Fachsemestern abgeschlossen hat, dem Geförderten mit der nächst größeren Zahl von Fachsemestern vor.

§ 7

Abschlußprüfung ohne differenzierte Bewertung

Soweit als Gesamtergebnis der Abschlußprüfung nur das Bestehen festgestellt wird, hat die Prüfungsstelle mit Zustimmung einer von dem Land bestimmten Behörde nach den in dieser Prüfung erbrachten Leistungen zu ermitteln.

Auskunftspflicht

(1) Prüfungsteilnehmer, die nach dem 31. Dezember 1983 Ausbildungsförderung erhalten haben, sind verpflichtet, der zuständigen Prüfungsstelle bei der Anmeldung zur Abschlußprüfung hiervon Kenntnis zu geben. Als Nachweis ist dieser Erklärung ein Bewilligungsbescheid oder eine entsprechende Bescheinigung des Amtes für Ausbildungsförderung beizufügen, das zuletzt mit einer Entscheidung über die Förderung befaßt war.

(2) Die Prüfungsstellen haben alle Prüfungsteilnehmer im Zusammenhang mit der Meldung zur Abschlußprüfung zu befragen, ob sie nach dem 31. Dezember 1983 Ausbildungsförderung als Darlehen für den Ausbildungsabschnitt, der durch die Prüfung abgeschlossen wird, erhalten haben, und auf die Folgen einer Verletzung der Mitteilungspflicht nach Absatz 4 hinzuweisen.

(3) Für Prüfungsteilnehmer, die sich vor dem 1. Januar 1984 zur Abschlußprüfung gemeldet haben und diese nach dem 31. Dezember 1983 abschließen, ist das in den Absätzen 1 und 2 geregelte Auskunftsverfahren nachzuholen.

(4) Kommt ein Prüfungsteilnehmer seiner Mitteilungspflicht nach Absatz 1 Satz 1 nicht nach, so ist er auf Dauer von einer ihm günstigen Berücksichtigung als Geförderter ausgeschlossen.

(2) Sie teilt dem Bundesverwaltungsamt bis Ende April des auf die Feststellung des Gesamtergebnisses der Abschlußprüfung folgenden Kalenderjahres die für die weitere Durchführung des § 18 b Abs. 1 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes erforderlichen Daten auf für die elektronische Datenverarbeitung geeigneten, maschinell lesbaren Datenträgern mit.

(3) Abweichend von Absatz 2 kann die Prüfungsstelle die Daten auf standardisierten Erfassungsbögen übermitteln, wenn die maschinelle Datenmitteilung wegen eines unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwandes nicht vertretbar ist.

(4) Über den Darlehensteilerlaß entscheidet das Bundesverwaltungsamt.

§ 12

Festlegung der Rangfolge

(1) Die Prüfungsstelle ermittelt nach den §§ 6 bis 8 für jede Vergleichsgruppe die Rangfolge der Geförderten und wer zu den ersten 30 vom Hundert der Geförderten gehört.

Heiteres Raten ...



Zitate

(ap) „Warum muß jetzt das soziale Netz beschnitten werden?“ „Damit sich keiner mehr drin verfangt.“ – „Warum ist unser soziales Netz so engmaschig?“ „Damit nur die kleinen Leute durchfallen.“ (Unter den Delegierten des Kölner FDP-Parteitags kursierende Witze als Antwort auf angekündigte Eingriffe in gesetzliche Sozialleistungen).



MIT ANDEREN WORTEN:

„MÄSSIGEN“
SIE
SICH !!!!



Erich Rauschenbach

Die Aufklärung

DIES IST EIN
SCHÖNES UND
GERECHTES LAND,
MEIN SOHN.



HIER KANN JEDER
TUN UND LASSEN,
WAS ER WILL.



JEDER HAT SEINEN
MARSCHALLSTAB
IM TORNIESTER!



WER NICHT GERADE
AUF DEN KOPF
GEFALLEN IST,



... KANN ALLES,
ABER AUCH ALLES
ERREICHEN:



REICHTUM, MACHT,
EHRE UND
FRAUEN.



NICHTS IST
UNMÖGLICH.



MAN MUSS NUR
WOLLEN UND
FLEISSIG SEIN!



DESHALB MERKE
DIR STETS EINS,
MEIN SOHN:



WO EIN WILLE
IST, IST AUCH
EIN WEG!
SCHLAF SCHÖN!



Professoren fordern Hochschul-Initiative

BONN (dpa). Der Hochschulverband, der nach eigenen Angaben mehr als die Hälfte der 22 000 Professoren an wissenschaftlichen Hochschulen vertritt, fordert von der Bundesregierung eine unverzügliche Gesetzesinitiative zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes. Sein Präsident, Prof. Hartmut Schiedermaier, verwies am Montag vor der Presse auf die mehrfache Aussage von Bundeskanzler Helmut Kohl, die Regierung werde den Universitäten zugunsten einer Stärkung ihres wissenschaftlichen Auftrages zur Hilfe kommen.

Der Verband stimmte den Vorschlägen einer Expertenkommission in den Bereichen Personalstruktur, Drittmittelforschung, künftige Wahl der Hochschulleitung durch eine absolute Mehrheit der Professoren und Zusammenfassung der ausgefertigten Zahl der Fachbereiche in Fakultäten zu. Ausdrücklich befürwortet wird auch die Empfehlung, im zentralen Leitungsgremium der Universität, dem Senat, neben der politisch motivierten Gruppenvertretung auch das Fachprinzip wieder einzuführen.

(Kommentar dazu auf dieser Seite)

Der Hochschulrahmen

Das Hochschulrahmengesetz gehört nicht zu den populärsten Gesetzen der Republik. Das liegt nicht nur daran, daß es ein "Rahmen"-Gesetz schwer hat, andere als Experten zu beschäftigen. Als das Gesetz 1976 in Kraft trat, hatten Parteien, Bund, Länder und Fraktionen aller Richtungen sechs Jahre diskutiert, was mit dem Gesetz bezweckt werden solle. Und am Ende wußte niemand so ganz genau, ob es nun ein ziemlich gutes oder ziemlich schlechtes Gesetz geworden war.

So sehr viel hat sich an dieser Ungeklärtheit auch nicht nach dem Bericht geändert, der jetzt der Bundesbildungsministerin Wilms in Bonn übergeben wurde. Sie hatte schon bald nach ihrem Amtsantritt eine Kommission von Experten aus den Hochschulen und Hochschulverwaltungen gebeten, die Auswirkungen des Gesetzes an bestimmten Sachfragen zu prüfen und den zunehmenden Klagen auf den Grund zu gehen.

Die Antwort fiel eher sybillinisch aus. Die Gutachter befanden, das Gesetz sei nicht so schlecht, wie behauptet werde; vieles werde ihm zur Last gelegt, das ganz andere Ursachen habe. Auch ließe sich in den Ländern mehr aus dem Hochschulrahmengesetz machen, als bisher geschehen. Allerdings, geändert werden sollte insbesondere die Personalstruktur, die Stellung des Professors müsse wieder gestärkt, die Studienzeiten sollten verkürzt werden. Das sind Kritikpunkte, für die sich zur Zeit wieder Mehrheiten finden lassen.

Ob das Gutachten der Expertenkommission eine politische Entscheidungshilfe ist, wird sich erst noch zeigen müssen. Zwar haben die Mitglieder der Kommission erklärt, daß sie keinen Weg zurück zur alten Ordinariatsuniversität befürworten. Ob das allerdings reicht, um in der Hochschulpolitik Fuß fassen zu können auf dem Weg in eine neue Zeit, ist zu bezweifeln.

Gerd P r o b s t

DE 20. Juli 1983

Für wen wird geforscht?

Für eine Forschungsförderung besonderer Art plädiert der Staatssekretär im Bundeswissenschaftsministerium, Pfeifer. Bei der Vorlage eines sogenannten Drittmittelberichts der Bundesregierung machte Pfeifer auf die starke Reserve der bundesdeutschen Wirtschaft aufmerksam, die nur mit einem Betrag von 120 Millionen Mark an jenen Forschungsaufträgen beteiligt ist, welche die Hochschulen von außerhalb bekommen.

Aufgeschreckt von dem Vorgehen eines Chemiekonzerns, der im vergangenen Jahr einen spektakulären Forschungsauftrag an eine Hochschule in den USA vergab, wird den Bonner Wissenschaftspolitikern klar, daß es nicht allein am Unvermögen der Hochschulen und nicht allein am knappen Geld liegen kann, wenn das Verhältnis zwischen Hochschulen und Wirtschaft – von Ausnahmen abgesehen – leidlich gestört ist.

Hindernisse liegen teils in den komplizierten rechtlichen Vorschriften, teils in der Personallage: Die Gewerkschaften achten streng darauf, daß die Bestimmungen über Zeitverträge eher verschärft als gelockert werden; was die Hochschulen in große Probleme bei der Besetzung von Forschungsprojekten mit geeignetem

Personal stürzt und überdies den jungen Wissenschaftlern die Möglichkeit zu flexiblem Wechsel zwischen Forschung und Industrie nimmt.

Auf andere Probleme hat der BDI aufmerksam gemacht, der eine größere Finanzautonomie der Hochschulen, mehr Eigenverantwortung innerhalb der Hochschulen und schließlich steuerrechtliche Änderungen fordert. Schon der Bundeskanzler hatte in der Regierungserklärung auf die Dringlichkeit hingewiesen, die Besteuerung von Stiftungskapital zu revidieren. Die Stiftungen führen einen erheblichen Teil ihrer gegenwärtigen Probleme auf die Reform der Körperschaftsteuer zurück.

Die Bundesregierung hat also durchaus Anlaß, nicht nur besorgt zu sein, sondern von sich aus Abhilfe zu schaffen, die Tarifpartner auf ihre Verantwortung hinzuweisen und sowohl die Industrie wie die Hochschulen zu ermutigen, aufeinander zuzugehen. Am funktionierenden Technologietransfer ist die Nation insgesamt interessiert – wozu denn soll letzten Endes die Forschung dienen, wenn nicht zur Vorbereitung anwendungsorientierter Technologien?

Klaus-U. E b m o y e r

ZUR NOVELLIERUNG DES HOCHSCHULRAHMENGESETZES



Das Hochschulrahmengesetz wurde im Dezember 1975 von Bundestag und Bundesrat beschlossen. Vorausgegangen war dem eine fünfjährige "intensive Beratungszeit", in der die sozialdemokratische Regierung Stück für Stück ihrer Positionen aufgeben mußten. Sie plante damals, inspiriert durch die Studentenbewegung und ihrer Forderungen, die Hochschule zu einem Ort kritisch-emanzipativer Lehre und Forschung zu machen. Wesentliche Teile, wie z.B. die paritätische Mitbestimmung scheiterten an der CDU/CSU, dem Koalitionspartner FDP und nicht zu vergessen am Widerstand aus den eigenen Reihen. (da kenn wa ja) Obrig blieb nur noch ein Skelett aus Gruppenuniversität, Gesamthochschule und einer Mitbestimmung, bei der eigentlich nur eine Gruppe bestimmt, die Professoren.

Es ist also nicht verwunderlich, daß dieses Rahmengesetz reihum nicht gerade auf Begeisterung gestoßen ist. Die Gewerkschaften, linke Sozialdemokraten und studentische Gruppen wehrten sich von Anfang an gegen dieses Gesetz, beschleunigten ihm die Vernachlässigung demokratischer Grundrechte und jegliche Berücksichtigung moderner Wissenschaftserkenntnis. Dem gegenüber stand die Masse der ihrer Ordinarienherrlichkeit entkleideten Professoren, der sich nach und nach auch die Vertreter der kapitalorientierten Seite anschlossen.



Diese forderten damals ein Hochschulrahmengesetz, welches in der Lage sein sollte, das Schreckgespenst des "Bildungsnotstandes" zu vertreiben, der ihrer Ansicht nach die BRD an den Rand der wirtschaftlichen Ruins zu bringen drohte. Die Novellierung dieses Gesetzes wird nun von den selben Leuten gefordert, nur daß diesmal vor dem Gespenst einer Akademikerschwemme gewarnt wird, die es gilt einzudämmen, da sie in der Wirtschaft keine Verwendung fänden.



Damals wie heute herrscht also die Angleichung der Bildungspolitik an angebliche ökonomische Erfordernisse vor. Gegen eine solche Obermacht an Manager-Denken ist es natürlich schwer, mit emanzipatorischer oder gar kritischer Bildungstheorie anzukommen, was linke Bildungspolitiker und Theoretiker seither in den Studienreformkommissionen erkennen mußten, die die Aufgabe hatten, die Ländergesetze an das HRG anzugleichen.



In dieser Auseinandersetzung scheint ihre Kraft weitgehend erlahmt zu sein, abgesehen von einigen Rufnern in der Wüste, wie dem ehemaligen hessischen Kultusminister von Friedeburg. Bei den gegenwärtigen Bestrebungen der konservativ/liberalen Regierung, das Hochschulrahmengesetz zu novellieren, handelt es sich demnach sowohl um die Liquidierung der letzten demokratischen Bestimmungen im HRG.

ZUR NOVELLIERUNG DES HOCHSCHULRAHMENGESETZES



Das Hochschulrahmengesetz wurde im Dezember 1975 von Bundestag und Bundesrat beschlossen. Vorausgegangen war dem eine fünfjährige "intensive Beratungszeit", in der die sozialdemokratische Regierung Stück für Stück ihrer Positionen aufgeben mußten. Sie plante damals, inspiriert durch die Studentenbewegung und ihrer Forderungen, die Hochschule zu einem Ort kritisch-emanzipativer Lehre und Forschung zu machen. Wesentliche Teile, wie z.B. die paritätische Mitbestimmung scheiterten an der CDU/CSU, dem Koalitionspartner FDP und nicht zu vergessen am Widerstand aus den eigenen Reihen. (da kenn wa ja) Obrig blieb nur noch ein Skelett aus Gruppenuniversität, Gesamthochschule und einer Mitbestimmung, bei der eigentlich nur eine Gruppe bestimmt, die Professoren.

Es ist also nicht verwunderlich, daß dieses Rahmengesetz reihum nicht gerade auf Begeisterung gestoßen ist. Die Gewerkschaften, linke Sozialdemokraten und studentische Gruppen wehrten sich von Anfang an gegen dieses Gesetz, beschleunigten ihm die Vernachlässigung demokratischer Grundrechte und jegliche Berücksichtigung moderner Wissenschaftserkenntnis. Dem gegenüber stand die Masse der ihrer Ordinarienherrlichkeit entkleideten Professoren, der sich nach und nach auch die Vertreter der kapitalorientierten Seite anschlossen.



Diese forderten damals ein Hochschulrahmengesetz, welches in der Lage sein sollte, das Schreckgespenst des "Bildungsnotstandes" zu vertreiben, der ihrer Ansicht nach die BRD an den Rand der wirtschaftlichen Ruins zu bringen drohte. Die Novellierung dieses Gesetzes wird nun von den selben Leuten gefordert, nur daß diesmal vor dem Gespenst einer Akademikerschwemme gewarnt wird, die es gilt einzudämmen, da sie in der Wirtschaft keine Verwendung fänden.



Damals wie heute herrscht also die Angleichung der Bildungspolitik an angebliche ökonomische Erfordernisse vor. Gegen eine solche Obermacht an Manager-Denken ist es natürlich schwer, mit emanzipatorischer oder gar kritischer Bildungstheorie anzukommen, was linke Bildungspolitiker und Theoretiker seither in den Studienreformkommissionen erkennen mußten, die die Aufgabe hatten, die Ländergesetze an das HRG anzugleichen.



In dieser Auseinandersetzung scheint ihre Kraft weitgehend erlahmt zu sein, abgesehen von einigen Rufnern in der Wüste, wie dem ehemaligen hessischen Kultusminister von Friedeburg. Bei den gegenwärtigen Bestrebungen der konservativ/liberalen Regierung, das Hochschulrahmengesetz zu novellieren, handelt es sich demnach sowohl um die Liquidierung der letzten demokratischen Bestimmungen im HRG.

1984 hinzog. Die Bundesbildungsministerin D. Wilms beauftragte Ende 1983 eine Expertenkommission genanntes Gremium, Vorschläge zu einer Novellierung des HRG vorzulegen. Entgegen vorher geübter Praxis bestand sie nicht aus repräsentativ ausgewählten Personen, sondern war zusammengesetzt aus CDU-nahestender Clientel aus Wirtschaft und Bildungsbürokratie. Diese "Experten"-Kommission fertigte einen Bericht, in dem sie sich mit den Auswirkungen des Hochschulrahmengesetzes auf die Hochschule befaßte, wobei sie sich ihre Informationen aus den Antworten eines Fragenkataloges zog, den sie an die einzelnen Fakultätentage und sonstige Institutionen verschickt hatte. Aus den Ergebnissen der Kommission erstellte Frau Wilms sodann Thesen zur Hochschulpolitik, mit den

neues, ihren Vorstellungen entsprechendes Rahmengesetz zu schaffen. Beantwortet wird diese Frage mit dem in allen Kommentaren und Veröffentlichungen wiederkehrenden Begriff der Organisationsruhe, die es gilt, an den Hochschulen zu wahren. Mit diesem Begriff meinen die meist konservativen Autoren nicht etwa wirklich, daß nichts verändert werden solle an der Organisation, sondern es drückt sich darin die Befürchtung aus, die Studenten und ihnen wohlmeinende Professoren und wissenschaftliche Mitarbeiter könnten aus ihrer momentanen Lethargie erwachen und sich gemeinsam gegen die HRG-Novellierung wehren. Einen ähnlichen Zweck verfolgt auch das Herunterspielen dieses Vorhabens durch das Argument, es würden ja nur gewisse Paragraphen verändert, welche sich in der Praxis nicht bewährt hätten und der Versuch vergessen zu machen, daß dieses HRG in der heutigen Fassung alles andere als fortschrittlich ist. Die immer wiederkehrender Beschwichtigungsphrasen von Organisationsruhe, Offenhalten der Hochschule und von Seiten der Westdeutschen Rektorenkonferenz neuestens die Warnung, mit dem Novellierungsgeschrei nicht von der finanziellen Misere der Bildungspolitik abzulenken, erscheint vor dem Hintergrund der gemeinsam erklärten Ziele dieser Novellierung als Farce. Insgesamt fällt auf, daß die bildungspolitische Wende in einer solchen publizistischen Breite und im Ton einer solchen Absolutheit vorbereitet wird, die den Verdacht aufkommen läßt, ihre Initiatoren möchten möglichen Widerspruch dagegen von vorn herein abwürgen.

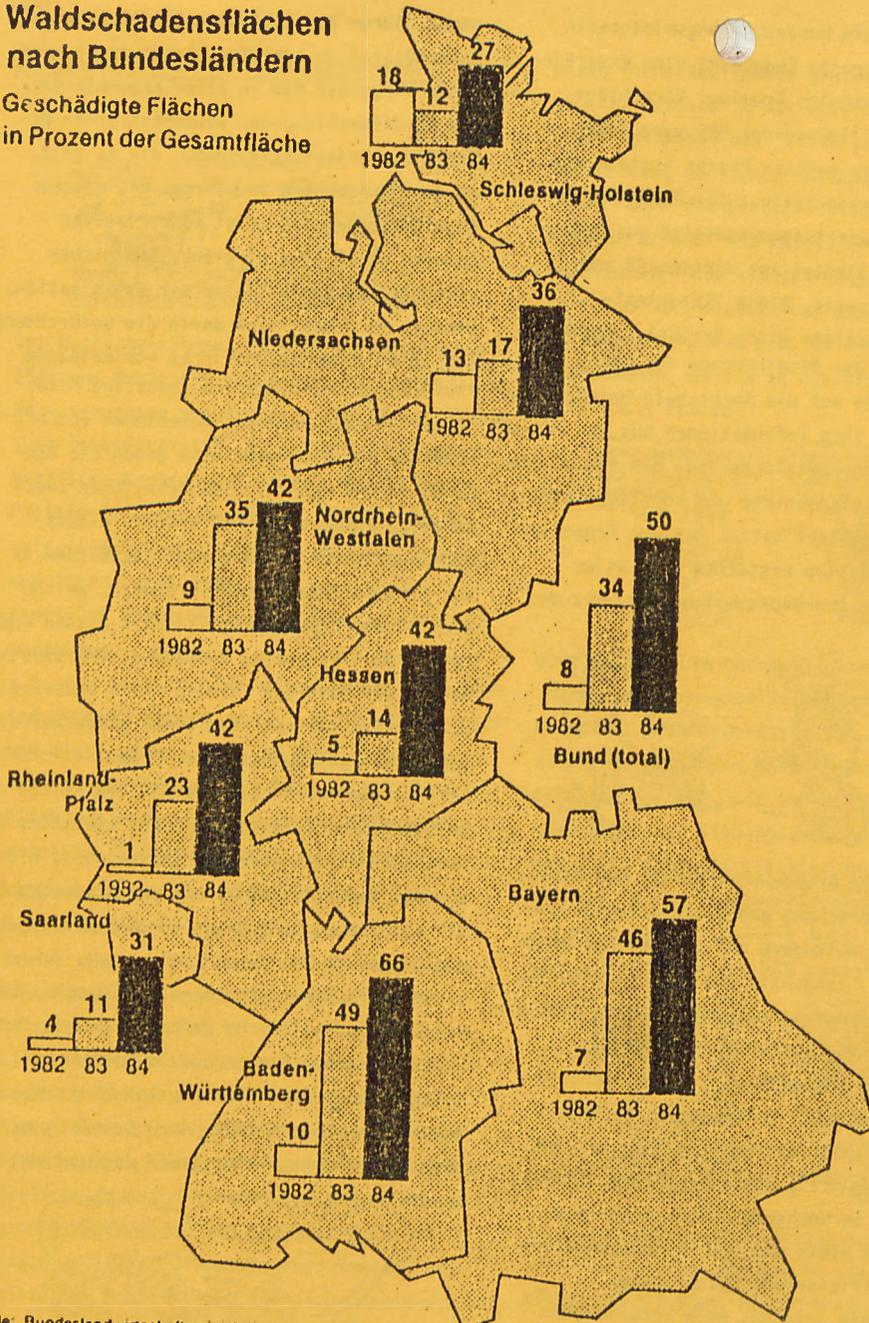


Schwerpunkten Gruppenuniversität und Mitbestimmung, Forschung und Drittmittelförderung, Hochschulzugang und Ordnung des Hochschulwesens. Tendenzielles Ergebnis ist: in den Mitbestimmungsgremien verschiebt sich die Stimmenmehrheit weiter zu Gunsten der Professoren, Mitbestimmung bei Forschungsprojekten, die mit Drittmitteln gefördert werden entfällt, der Hochschulzugang wird weiter erschwert. (Zugangsprüfungen, BAFÖG), Änderungen im Hochschulwesen machen aus Assistenten, HiWis und aus Fachhochschulern etwas qualifiziertere Abiturienten. Wenn also die letzten, noch verbliebenen demokratischen Ansätze im Hochschulrahmengesetz verschwinden sollen, stellt sich die Frage, warum die Regierungskoalition nicht das ganze HRG zu den Akten legt, um ein



Waldschadensflächen nach Bundesländern

Geschädigte Flächen in Prozent der Gesamtfläche



Quelle: Bundeslandwirtschaftsministerium
(Waldschadenserhebungen 1982, 1983 und 1984)

Galoppierende Schwindsucht

Entwicklung der Schadensflächen nach Bundesländern, Baumarten und Schadstufen: Die Zahlen für 1984 sind dank methodischer Verbesserungen verlässlicher, enthalten aber nicht gefällte kranke Bäume.